Nr. 277 10. März 1994

INTERIM

Wöchentliches Berlin- und Potsdam- Info 2,50 DM









Inhalt

Ordner

Kaindle (nicht druckfähige Vorlage
bitte schicks nochmal)
Klasse g. Klasse Selbstinterview
gibts in Infoläden
Peru
Gruppe 2 Videos
Subotnik Spitzel Halle
A33 Hüttendorf
Adressen Vereine DFB
Zeitungsausschnitte Junge Freiheit

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.





Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **Wiederverkäuferinnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, im Nachladen, Waldemarstr. 36 und im Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 4 vom 14. November 1990.






Hey, wer da ?

In der letzten Interim wurde aus der Donnerstagsgruppe im Zusammenhang mit den Diskussionen zur Kongreßvorbereitung ein Papier unter dem Titel "Zur Krise der Autonomie" abgedruckt. Da ich mit ein paar seiner Aussagen nicht einverstanden bin, möchte ich mich nachfolgend über den Begriff der "Krise" und darüber ob ich nur eine lausige "konjunkturelle Erscheinung"_von irgend so einem "Auf und Ab" bin aufregen
Von der Donnerstagsgruppe wird die "weitverbreitete Einsicht" konstatiert, daß "wir (die autonomen Frauen und Männer) uns in der Krise befinden. " Diese Krise werde zwar oft bejammert aber selten erklärt. Aus dieser Beschreibung leiten sie den Anspruch ab, das ein politischer Kongreß, auch dazu dienen soll diese Krise zu erklären. Am Schluß des Papieres gibt die Donnerstagsgruppe den durchaus erklärend gemeinten Hinweis, daß wir im Prinzip "überhaupt nicht autonom" seien sondern "eine konjunkturelle Erscheinung des Auf und Abs der übergreifenden sozialen Kämpfe." Nur die Einsicht in die Konjunktur der Kämpfe könne uns Aufschlüsse über uns selber geben. Nun, ob die diesen Aussagen zugrunde liegenden Konstruktionen stimmen ?
Ich persönlich beispielsweise fühle mich aktuell selber gerade nicht in der Krise. Mir selber ging`s zwar auch mal schlecht, aber das hatte besondere Gründe, die ich nicht auch noch anderen in die Schuhe schieben wollte. Soweit zu mir. Was ist aber nun aus den anderen "Autonomen" der letzten Jahre geworden ? Der eine Teil, der zwar von Krise" redet, ist gar nicht in der Krise. Dieser Teil der Autonomen kann sich deshalb nicht "in der Krise" befinden, weil er sich ohnehin schon von diesem flüchtigen Wackelpudding namens Autonome aus den verschiedensten Gründen verabschiedet hat. Ein Batzen Leute hat sehr wohl realisiert, daß mittlerweile in Sachen "Autonom" Mode, Jugend und Medien-Trend nicht mehr angesagt sind und hat daraus dann auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Sofern sie dann noch ein schlechtes Gewissen plagt, kann es vorkommen, das sie noch eine Zeit lang ein wenig die Ideologiemaschine bedienen und Nebelkerzen von der "Krise der Autonomen" abbrennen. Auf jeden Fall sind diese Leute mit dieser "Krisenkonstruktion" die die jeweils "Anderen" im Visier hat, schon mal fein raus. Und da sag` einer noch, in unserer Szene existieren überhaupt keine Fähigkeiten "Interessen" zunächst einmal zu verschleiern, um sie danach ganz kalt zu realisieren. Nichts anderes haben wir doch in den höheren Bildungseinrichtungen dieses bürgerlichen Staates gelernt. So what ?
Dazu kann man von unserer Seite eigentlich nur radikal und illusionslos: "Tschüß" sagen. Ärgern müssen wir uns aber in der Tat darüber, warum wir uns selbst so in der Vergangenheit mit Hilfe der allerschönsten "Ansprüche" an uns und vor allem an andere so sehr belogen haben. Wir sollten uns mal fragen, warum wir so gutgläubig und naiv waren und vielleicht auch sogar noch sind, immer gleich etwas für bare Münze zu nehmen, was die Leute da den ganzen Tag immer so reden.
Die Gründe dafür, warum es einem anderen Teil von Leuten, die sich sehr wohl als Autonom verstehen, aktuell wirklich schlecht geht, sind wiederherum nur sehr schwer unter den Hammerbegriffen von "Politik und Krise" zu verallgemeinern. Sofern sich da einmal ein konkreter Gesprächszusammenhang ergibt, dann stellt sich manchmal raus, daß da an dieses imgaginäre "Autonomen"-Kollektiv unter der Hand Ansprüche heran gepustet werden, die jede Sozialversicherungsagentur ruckzuck in den Konkurs treiben würden. Nun, ich glaube, das das Autonomen-Kollektiv nie eine Sozialversicherungsagentur für irgendwen war, sondern nur ein von Menschen kollektiv genommener Raum , um damit zu versuchen Kritik an dieser Gesellschaft zu üben und in den eigenen Lebensalltag zu transformieren. Dabei ist vielleicht im Endergebnis nicht immer viel herausgekommen, auch weil es uns nicht immer gelungen ist, die eigenen bürgerlichen Illusionen über das was wir allein zu bewegen in der Lage sind, abzustreifen. Aber, wie gesagt, eine Sozialversicherungsagentur, die uns die Mühsal der eigenen Befreiung und die Erfüllung des Glücklichseins abnimmt war dieses Autonomen-Kollektiv glücklicherweise nie.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Wem es von unseren Freunden schlecht geht, dem sollten wir nach Maßgabe unserer eigenen Kräfte helfen. Aber nicht alles daran muß oder soll daran "Politik" sein oder kann mit dieser Meßlatte über den Leisten geschlagen werden. Wirkliche Kritik zu üben heißt auch gelernt zu haben urteilen, d.h. unterscheiden zu können. Nicht alles was wir tun ist Politik und das Private ist glücklicherweise zumeist tatsächlich nur privat und gerade nicht öffentlich oder gar politisch. Diese notwendig auszuhaltende Ambivalenz zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, zwischen großer Politik und einfach Leben beständig mißzuverstehen hat z.B. auch in den 80er Jahren bei Teilen der Alternativ- oder der Frauenbewegung dazu geführt, diese in ihrer Ausstrahlungskraft auf andere so schrullig und peinlich werden zu lassen.
Es hat noch nie etwas gebracht, wenn die richtigen Leute, den falsch konstruierten Gegenstand zu kritisieren versuchen. Als wenn die "Autonomen" als Kollektiv in dieser Gesellschaft aktuell eine besonders mächtige Firma darstellen würden. Quatsch! Das einzige was bei uns umsonst ist, ist (noch) die staatliche Repression und schon die Interim kostet Woche um Woche jeweils zweimaakfuffzich (auswärts drey Maak)
Vor diesem von mir beschriebenen, wenn man so will radikal- individualistischen Hintergrund, möchte ich auch die Beschreibung bestreiten, daß die Autonomen eine "konjunkturelle Erscheinung des "Auf und Ab`s" der übergreifenden sozialen Kämpfe" sein sollen. Bezogen auf eine willkürlich - auch in Auseinandersetzung mit den herrschenden Vorstellungen - konstruierte Autonomen-Partei mag das ja mit den "Konjunkturen" seine Geltung haben. Gilt es aber auch für jeden von uns selbst ? Wenn das stimmt, dann haben wir in der Tat unser persönliches Schicksal an diese komische Partei, und das auch noch unbezahlt, gekettet. Die Häme und den Spott, den wir dann schon immer von den anderen obgrund unserer Unberechenbarkeit und Unfähigkeit einzustecken haben, wäre dann nur zu berechtigt: Autonome Partei = Dilletanten-Partei !
Wenn sich aber jeder selbst von uns einmal seine eigene biographische Geschichte vor die Nase nimmt, dann stimmt die verallgemeinernde Konjunktur-Aussage doch gerade nicht. Im Gegenteil: Unser Leben bestand doch in den letzten Jahren doch nicht nur aus "Politik machen" sondern auch aus herumhängen, deprimiert und verliebt sein, arbeiten müssen, nette Jobs und damit Geld erschleichen, Musik hören, fahrradfahren, Nase bohren und was weiß ich nicht noch alles.
Das gehört doch alles in unseren "politischen" Diskussionen zusammen, jedenfalls dann wenn da Musik drin sein soll. Das auseinanderzureißen, um uns selber als eine objektive Variable in den verschiedenen Konjunkturtälern zu versenken, erscheint mir für unsere weiteren Diskussionen eine trostlose Perspektive zu sein. Aber mit dem Surfbrett auf den Konjunkturwellen der sozialen Kämpfe surfen ? Au ja, da möcht` ich gern dabei sein! Und das möglichst bald ! So ich mach jetzt erst Mal Schluß, denn wenn ich nun schon alles sage, dann wird`s wohlmöglich noch falsch. Für die Leseratten, die bis jetzt durchgehalten haben, zur Belohnung noch einen Schlußreim:



Auf dem Kongresso trinken wir alle `nen Espresso !

Hugo Habicht

Am Dientag, den 15. März wird um Zwanzig Uhr im Blauen Salon, Mehringhof zurückgeredet

"AUTONOMER KONGREß" — ABER WIE?

Da ich davon ausgehe, daß bisher noch eher wenige sich intensiv mit der Kongreß-Idee und den bisherigen veröffentlichten Papieren dazu auseinandergesetzt haben, und es außerdem noch keine Protokolle der Vorbereitungstreffen gibt, will ich die bisherige Diskussion zunächst aus meiner Sicht darstellen:

Die Diskussion in der Kongreß-Ini wird bisher überwiegend so geführt, als bestünden zwei sich ausschließende alternative Schwerpunktsetzungen: "Wir über uns" versus "Analyse der gesellschaftlichen Realität". VertreterInnen der ersten Position werfen den anderen vor, daß eine "Analyse" nur auf eine weitere Aufzählung der Schweinereien der Herrschenden hinauslaufe, die wir a) schon zur Genüge kennen und b) von denen wir gerade nicht politische Konzepte "ableiten" können, da "wir" ja noch unsere Subjektivität, unsere Autonomie hätten und uns Handlungsfelder gegen die herrschenden Strukturen erkämpfen könnten. Der Gegenvorwurf lautet, daß auf diese Weise bestimmte politische Konzepte und Vorgehensweisen, die bestimmte Erscheinungsformen übergeordneter sozialer Prozesse und Kämpfe in v.a. der BRD der 80er Jahre waren, unhistorisch einfach in die Zukunft verlängert würden. Hart formuliert heißt es in "Zur Krise der Autonomie" (Interim 276): "Autonomie" gebe es gar nicht, "wir" seien nur Anhängsel einer über uns stehenden "Konjunktur der Kämpfe", die es für die 90er Jahre neu zu analysieren gelte, bevor mensch über neue Konzepte reden könne. Etwas abgeschwächt lautet die Position so ("Zur Orientierung an sozialen Brennpunkten", Interim 276), daß unsere Subjektivität begrenzt sei, wir müßten aber über unseren Tellerrand hinausschauen, um "Verbündete bei der Selbstorganisation gegen das System" zu finden.

Meiner Meinung nach handelt es sich bei diesen zwei Positionen um eine Scheinalternative, solange nicht gesagt wird, *was* denn bei den beiden Schwerpunkten thematisiert werden soll, **welche Fragen** daran auch für andere so interessant sein könnten, daß es die Mühe rechtfertigt, dazu einen Kongreß zu veranstalten. Bei den beiden "Schwerpunkten" handelt es sich in Wirklichkeit doch bisher nur um Themengruppen, die beide (neben Kultur und Vergnügen und sich einfach auch nur zu treffen) auf dem Kongreß vorkommen sollten. **Was der Kongreß-Idee bisher fehlt, ist/sind die Fragestellung/en, welche möglichst alle AG's und Foren durch ziehen sollen, und damit eine politische Zielrichtung des Kongresses deutlich machen können. Ich denke, daß diese Fragestellung die nach "unseren" Zielen, Inhalten und damit auch unseren "Utopien" sein sollte.** Im Beitrag "Warum Autonomer Kongreß" (Interim 275) habe ich versucht, am Ziel/Inhalt "Autonomie" zu zeigen, welche Diskussionen in beiden und weiteren oben genannten "Schwerpunkten" sich daraus ergeben könnten. Ich will das jetzt noch einmal an einem solchen zentralen Ziel/Inhalt, der "Gegenmacht von unten", und zwei Themen erklären, die ich stellvertretend für die obigen zwei "Schwerpunkte" wähle:

a) Die Kongreßvorbereitung selbst als Ort autonomer Binnenstrukturen, an dem sich einzelne Subjekte zu einem politisch wirksamen, kollektiven Subjekt organisieren wollen, und

b) am gesellschaftlichen Großereignis "Zusammenbruch des Realsozialismus/der DDR" und die offensichtliche Handlungsunfähigkeit von uns Autonomen.

zu a) Man/frau könnte sich in vielerlei Hinsicht mit solch einer autonomen Binnenstruktur á la "wir über uns" beschäftigen: Welche Gruppen nehmen daran teil, welche fehlen, wurde etwas autoritär vorgegeben, wie offen ist die Ini für Änderungen und neue Leute, wer kann überhaupt (zeitlich, organisatorisch, sprachlich) daran teilnehmen, wie ist das Verhältnis alt/jung etc. Später kommt dann noch hinzu: Wie wurde z.B. welche Medienarbeit gemacht, war die Vorberei-

tung effizient, gab es einen "Erfolg", der die Mühe lohnte? Alles Fragen, die so auch an allen anderen autonomen Projekten diskutiert werden könnten und meist mit unterschiedlichen Einschätzungen und der Feststellung enden: "Irgendwie hängt ja auch alles mit allem zusammen". Über dieses "irgenwie" müßten wir mal hinweg., wenn wir zu einer politischen, in unserer Lage weiterführenden Diskussion kommen wollen. Und der Weg dorthin führt meiner Meinung nach über die richtigen Fragestellungen: Was ist denn das für uns: "politisch erfolgreich"? Woran messen wir Erfolg, wohin wollen wir also überhaupt? Angenommen, ein Schlüsselbegriff hierbei sei "Gegenmacht von unten": Was ist das? Zum Beispiel (die folgende Position wurde so zum Glück bisher noch nicht offen geäußert, war aber einmal "zwischen den Zeilen" herauszuhören) ein Kongreß, dessen Schwerpunkte vorher im kleinen Kreis abgecheckt, dann in der Kongreßini "erfolgreich" durchgedrückt und dann über möglichst tausende von TeilnehmerInnen der Öffentlichkeit ("im Superwahljahr") mitgeteilt werden? Was läßt ein solches Konzept, ich nenn es mal "Lautsprecher-" oder auch Transmissionsriemen-Konzept, für eine Vorstellung von "selbst" durchscheinen, welches sich da "selbstorganisieren" will?

Eine andere Vorstellung von "Erfolg" der Kongreßini scheint zu sein, *wieviele* verschiedene Gruppen daran teilnehmen, ob auch die ganze Breite "autonomer Politikfelder" vertreten ist, alte und junge zu Wort kommen etc. Faktisch wird die Diskussion in der Kongreß-Ini bisher von einigen "älteren" dominiert, was bis zu einem gewissen Punkt aufgrund von Erfahrungsvorsprüngen etc wohl "normal" ist. Wenn von diesem Kreis, der nach außen (egal ob gewollt oder nicht) als "inner circle" wirkt, dann aber *nur die eigenen* unterschiedlichen Positionen als die beiden einzigen möglichen alternativen Schwerpunktsetzungen diskutiert werden, obwohl z.B. letztesmal noch 30 andere Leute und mindestens drei weitere Papiere im Raum sind, zeugt das von einem ganz eigenen Verständnis davon, was denn "politisch" ist, wie "Gegenmacht von unten" zustandekommt. Verallgemeinert: Was an autonomen Binnenstrukturen schließt wen aus, warum springen viele mit der Zeit wieder ab, warum finden wir bei sich ändernden politisch-sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen nicht die richtigen organisatorischen Voraussetzungen, damit mehr Leute bei uns mitmachen können? Woran liegt es also z.B., daß in der Ini bisher keine ImmigrantInnen-Gruppen, keine Gruppen aus FrauenLesben-Strukturen, kaum OstberlinerInnen vertreten sind? Sind unsere Vorstellungen von Gegenmacht, die sich ja u.a. in der Art und Weise unserer Treffen ausdrücken, überzeugend für andere Gruppen in dem Sinne, daß auch sie sich davon mehr Gegenmacht für sich (z.B. gegen Vereinnahmungsversuche durch "uns") erhoffen können? Denn: Bündnisse mit "uns" nur aufgrund gemeinsamer Gegner (die "Herrschenden") sind auch für diese Gruppen höchstens Ausdruck akuter Notwehr, vorwärtsgerichtete Dynamik entsteht aber nur bei gemeinsamen Zielen! Jedenfalls ist die schon mehrfach geäußerte Aufforderung an diese anderen Gruppen, doch bitte zu kommen, nur Ausdruck der Blindheit gegenüber den Defiziten der eigenen Strukturen. Ein einfaches "kommt doch zu uns" reicht da überhaupt nicht, denn es würde für Immigrantinnen, FrauenLesben und z.B. auch OstlerInnen in den "gemischten" (West)Strukturen in der Regel auf Unterordnung und Anpassung hinauslaufen. Sowohl in der Vorbereitungsphase als auch auf einer allgemeineren Diskussion auf dem Kongreß lautet die Frage also, wie wir "unsere Strukturen" allgemein oder z.B. in der Kongreß-Ini so organisieren, daß wir die Autonomie anderer Gruppen möglichst wenig einschränken und auf dieser Grundlage ein handlungsfähiges "Bündnis" mit gemeinsamen politischen Zielen erreichen und damit "Gegenmacht von unten" aufbauen.

Ich hoffe, daß deutlich geworden ist, daß die Themengruppe "Wir über uns" erst bei entsprechender Fragestellung etwas für einen politischen Kongreß hergibt, dann aber unverzichtbarer Teil sein sollte. Die gleiche Idee soll jetzt noch mal

kurz bei einem Beispiel der angeblichen Alternative, den "Gesellschaftsanalysen" veranschaulicht werden.:

zu b) Der Zusammenbruch des Realsoz bzw. der DDR war sicher ein "gesellschaftliches Großereignis", das nur schwer zu verstehen ist und noch auf vielerlei Art und Weise "analysiert" werden sollte: Wie ist es dazu gekommen, welche Gruppe hat was bewirkt und wovon profitiert, welche neuen sozialen Gruppen mit welchen Interessen entstehen etc. Alle diese Fragen sind durchaus interessant und ihre Beantwortung trägt zur notwendigen Erhöhung des allgemeinen Wissens bei. Zu *politischen* Analysen für *uns* auf einem autonomen Kongreß werden sie jedoch erst, wenn wir *unsere* Kriterien und *unsere* Maßstäbe bei den Einschätzungen offenlegen bzw. weiterentwickeln: Für viele war z.B. die Phase '89ff eine Phase intensiver Ohnmachtsgefühle, die Klage über den "Utopieverlust" der Linksradikalen ist seitdem wieder lauter geworden. Die Frage darf deshalb zunächst nicht lauten: "Wie hätten wir uns als Autonome besser organisieren/vorbereiten können, um auch '89ff handlungsfähig zu bleiben?", sondern: was für ein Konzept von "Gegenmacht von unten" wird sichtbar bei denjenigen, bei denen der Zusammenbruch der DDR ausschließlich Ohnmachtsgefühle erzeugte? Hat zu "Gegenmacht" vor '89 also nicht nur die z.B. "Verankerung bei den ausgebeuteten Massen im Kapitalismus" gehört, sondern auch die Anzahl der Staaten, die auf formal anderen als kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen beruhten? Oder war es gar deren militärisches Potential, das in unsere "Gegenmacht"-Vorstellung einging? Hätten wir uns mehr mit "Gegenmacht" in Osteuropa beschäftigt, wenn dort zwar formell Kapitalismus geherrscht hätte, dafür aber alle 14 Tage soziale Aufstände/"riots" passiert wären? Was ist dann, bezogen auf Vorstellungen von "Gegenmacht", der Unterschied zwischen diesen "riots" und nationalistischen Bandenkriegen? Wann schlägt das Konzept der "Selbstorganisation" in "Zerstörung alles Fremden" um? Warum haben viele Menschen/Massenbewegungen im Realsoz nicht die gleichen Kriterien wie wir gehabt: Warum haben dort einige bei dem Ziel, ihre Gegenmacht zu vergrößern, mitgeholfen, die herrschenden Eliten in die Enge zu treiben, anstatt "froh zu sein, nicht unterm Kapitalismus zu leiden"? Können wir von diesen anderen Vorstellungen und Motivationen bezüglich "Gegenmacht" was lernen, in unsere Vorstellungen aufnehmen? Und selbst, wenn diese anderen Vorstellungen von vorneherein falsch angelegt waren, warum ist die Reaktion der West-Szene nicht vor allem Neugier, aus Fehlern zu lernen, sondern oft genug einfach Ablehnung? Und: wer sich plötzlich "ohnmächtig" fühlt, muß sich vorher ja mächtiger gefühlt haben: hatten "wir" im Westen also vor '89 "alles im Griff"?

Auch die Gesellschaftsanalysen werden also erst dann interessant, wenn wir sie mit politischen Frgestellungen füllen, die etwas mit "uns" zu tun haben, hier am Beispiel der "Gegenmacht" gezeigt: was verstehen wir darunter? Wer soll mehr Macht bekommen: "Wir"?- sind das auch ImmigrantInnen, FrauenLesben und Trikont-Bevölkerungen? Auch andere Themen werden erst durch die Fragestellung interessant: z.B. "Kultur": Soll "linke Kulturhegemonie" Bestandteil unserer "Gegenmacht" werden? Wie und wovon soll sie sich dann abgrenzen? Mißt man/frau den Erfolg "linker" Kultur daran, wieviele Leute "unsere" Lieder mitsingen, ob also Pop- und Modewellen von uns beeinflußt werden? Usw...

Zusammengefaßt nochmal: Nicht die Themen sind das entscheidende beim autonomen Kongreß, sondern die Fragestellungen und Kriterien der Einschätzungen. Wir sollten nicht die Gegenseite zum x-ten mal beschreiben und entlarven, sondern unsere Ziele, die hoffentlich auch die Ziele von vielen anderen sein können/werden, klären. Deshalb schlage ich jetzt auch noch ein Motto für den Kongreß vor (und bin ansonsten gespannt auf Reaktionen und andere Fragestellungen auch von Leuten, die sich bisher noch nicht geäußert haben):

"ZIELE(N) LERNEN FÜR DIE '94er"

GROßFLUGHAFEN BERLIN-BRANDENBURG VERHINDERN !

In der Region südlich Berlins ist zur Entlastung der Flughäfen Tegel, Schönefeld und Tempelhof ein Großflughafen geplant. Diese Planung hat die"Berlin Brandenburg Flughafen Holding" (BBF) übernommen. Das Land Brandenburg ist Mitgesellschafter der BBF und gleichzeitig die Genehmigungsbehörde; wie neutral sich die Landesregierung dabei verhält, läßt sich am Vorschaltgesetz zum Landesplanungsgesetz ablesen:"Der wachsenden Bedeutung des Luftverkehrs ist Rechnung zu tragen. In der Region südlich von Berlin ist ein neuer Verkehrsflughafen vorzusehen."
Beteiligt an der Planung ist außerdem der Berliner Senat, der an den Flughafen folgende Forderung stellt:"Funktionsfähigkeit des Flughafens für Berlin als Hauptstadt und Sitz der Bundesregierung und des Parlaments, sowie als europäische Metropole mit Brückenfunktion vor allem auch in Richtung Osteuropa."

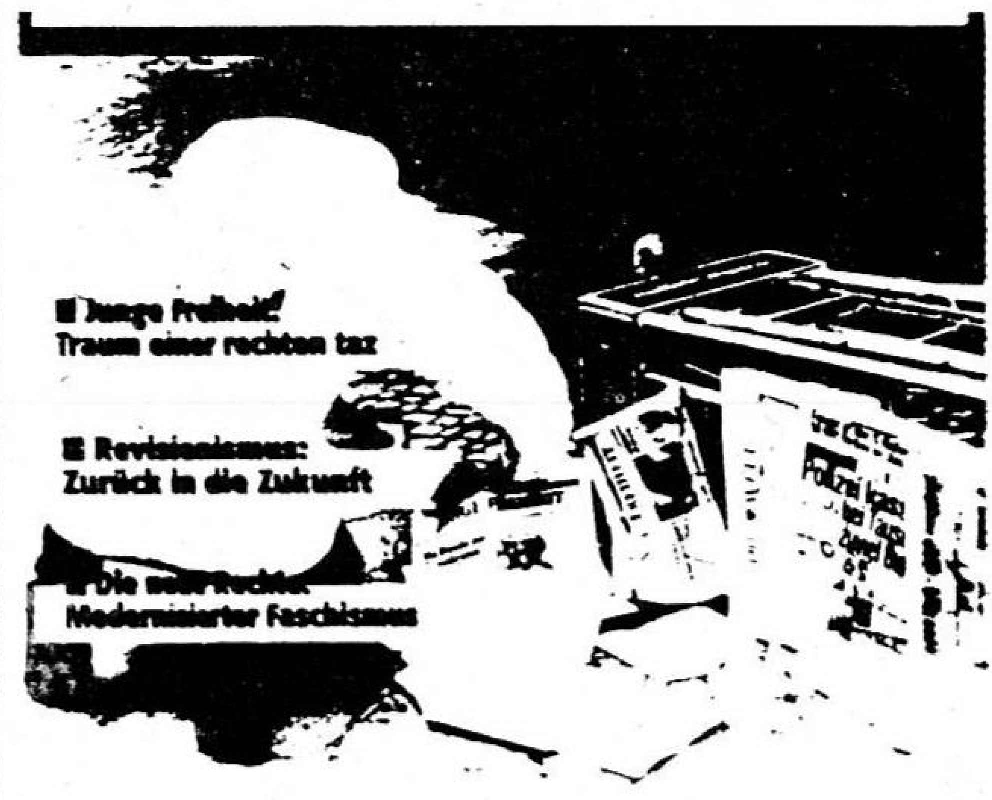
DER GROßFLUGHAFEN:

Im Gesamtausbau verschlingt der Flughafen 3600 ha, das ist die doppelte Fläche des Flughafens Frankfurt (Main). Gebaut werden soll in 3 Stufen und dem Endausbau: Die 1.Stufe (Baubeginn soll 1998 sein) beinhaltet den Bau zweier Start- und Landebahnen (SL-Bahn), die jeweils 4000 m lang sein werden. Die 2.Stufe ist die Erweiterung um eine 3000 m lange SL-Bahn. Die 3.Stufe ist der Bau einer Neben SL-Bahn, die ebenfalls 3000 m lang sein wird. Der Endausbau beinhaltet die Reservierung zusätzlicher Flächen für den zukünftigen, "technisch sinnvollen" Endausbau (2 weitere Haupt-SL-Bahnen mit je 4000 m). Zusammengefaßt bedeutet dies, daß ca. 6 SL-Bahnen 60 Millionen Passagiere nach dem Endausbau jährlich transportieren sollen; das würde einen Nachtflugverkehr mit einschließen.

WIDERSTAND IN DER REGION:

Nun ist es für die BBF noch nicht ganz klar, wo ihr gigantisches Bauwerk entstehen soll, das ca. 20 Milliarden kosten und kurzfristig 10 000 Arbeitsplätze schaffen soll. Zur Auswahl stehen noch 3 Standorte: Das ist einmal der Ausbau des Flughafens Schönefeld, dann der Bau auf einem jetzt noch russischen Militärflughafens bei Sperenberg, der allerdings nur 10% des benötigten Geländes einnimmt, der Rest ist gesunder Wald und letztendlich als letzte Möglichkeit ein ehemaliger Truppenübungsplatz bei Jüterborg, auf dem sich bis jetzt eine Heidelandschaft entwickelt hat. Bei allen 3 Standorten haben sich Bürgerinitiativen gebildet. Die Jüterborger stellen die kleinste der 3 dar und aus diesem Grund arbeiten sie mit der Sperenberger Bürgerini zusammen Die Schönefelder ist die mit den meisten MitgliederInnen, doch leider sind sie nach eigenen Angaben für einen Großflughafen im Land Brandenburg, nur eben nicht bei sich. In dieser Bürgerini sind allerdings auch die gesamten betroffenen Kommunen d.h. Politiker des Großflughafens Schönefeld vertreten. Die Bürgerini Sperenberg hat dagegen in den letzten Wochen eine Volksinitiative gestartet, mit der die Änderung des oben genannten Gesetzes erreicht und damit das Geamtprojekt Großflughafen gekippt werden soll. Die Bundesregierung hat sich bislang für Schönefeld ausgesprochen, während die BBF dies wegen des dort geltenden Nachtflugverbotes ablehnt.
Dieser Text soll Auftakt zu einer Organisierung des Widerstandes zu diesem Thema sein. Ende April wird wahrscheinlich ein Reader erscheinen und wer sich jetzt schon miteinbringen möchte, soll sich an folgende Kontaktadresse wenden:

Arbeitskreis Großflughafen Berlin-Brandenburg
Jugendumwelthaus
Berliner Damm 15
D 15827 Blankenfelde



Junge Freiheit

...von Nationalkonservatismus bis Neofaschismus

Inhalt::

Theoretische Grundzüge:

Theorie der Neuen Rechten / Linke Vorbilder und Zielgruppen / Konservatismus versus Liberalismus / Konservative Revolution / Sprache als Manipulationsinstrument

Politische Schwerpunkte:

Geschichtsrevisionismus / Frauen in der JF / Kultur als Formzwang / Rassismus / Antisemitismus / Neuordnung Europas / Revanchismus

Personen und Verbindungen:

Der konservative Sumpf / Verbindungen ins Ausland / JF-Lesekreise und ihr Umfeld / Burschenschaften / Wer macht die Zeitung: Who is who? / Personenregister

Herausgeber:

Antifaschistisches Broschürenkollektiv

Es ist zu erreichen über Hochschulantifa, AStA Uni Hamburg, Von-Melle-Park 5, 20 146 Hamburg oder Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) s. u.

Preis: 5,- DM (80 S. DIN A4)

Zu kriegen in jedem guten Buchladen oder zu bestellen bei:

Bis 5 Exemplare:

Preis: 5,- DM plus Portopauschale 3,- DM (Nur gegen Vorausbezahlung)
Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Ab 5 Exemplaren:

Preis: 30% Rabatt plus Porto
GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg oder
AIM, Postfach 210235, 10502 Berlin

Die Gesellschafter der Junge Freiheit Verlag GmbH,
Markenhofstraße 7B, 79199 Kirchzarten, Tel. 076 61-56 53
(Stand: 8. Dezember 1993)

Gründung: 13. Juli 1990
Eintragung: 24. August 1990, AG Freiburg/Br., HRB 3813

Dieter Stein 79199 Kirchzarten	14.000
Dr. Götz Meidinger 89081 Ulm	13.500
Boris Rupp 35614 Aßlar	9.500
Sven Thomas Frank 12207 Berlin	4.000
Udo Reinhardt 30165 Hannover	4.000
Peter Kienesberger 90453 Nürnberg	1.000
Martin Müller 76889 Dörrenbach	1.000
Raimo Benger 58540 Meinerzhagen	1.000
Martin Schmidt 79112 Freiburg	1.000
Markus Zehme 55116 Mainz	1.000
Stammkapital	50.000

Geschäftsführer: Dieter Stein und Dr. Götz Meidinger, Hans Acker-Weg 12, 89081 Ulm

Brühlsche Universitätsdruckerei Verlag des Giessener Anzeigers GmbH & Co. KG
Am Urnenfeld 12, 6300 Gießen
T: (0641) 5 04-0 - TGR: Anzeiger Gießen -
TX: 4-82 859 bruel d
Telefax: (0641) 5 04-5 00, 5 04-4 00 (Verkauf)
Branchen-Nr: 2680; 7080; 7081
Postgiro: Ffm 116 86-609
Bk: Bezirksspark, Volksbk, Deutsche Bk, Dresdner Bk, sämtl. Gießen
Gr: 1828 - G-J: Kal-J.
PershGes: Druck +. Pressehaus GmbH
Geschf: Dr. Wolfgang Maaß
GProk: Wolfgang Pischel (Verkauf, Marketing)
Prod.-Ltg: Rainer Fischer
EDV-Ltg: Günter Schacherl
Eink.-Ltg: Hans-Jürgen Koob
Ges: KG
Prod: Textverarbeitung, math. Formelsatz; Bücher und Zeitschriften; Telefonbücher, Zeitungen; Zeitungs- und Telefonbuchverlag
Betr.-Beschr: 2 Satz- und Redaktionssysteme UNISYS 80/8 mit je 4 M[illegible] [illegible]S-DOS-PC für Satzanwendungen, 2 Lasercomp 3000 Belichter und Monotype-RIP für HP-Laserdrucker, Programm-Anwendungen für Formelsatz TEX. Register sowie Umbruch, DTP Macintosh II, Bildscanner 400 dpi u. 600 dpi, 2 Linotronic 300, SW-Reproduktionen mit Scanner Autokon 1000, 1 Reprokammera, 3 Rollen-Offset-Rotationen, 1 Zeitungs-Rollenoffset-Rotation, 6 Bogen-Offset mit 9 Druckwerken, 50 Buchbindereimaschinen einschl. Fertigungsstraßen für Klebebindung, Adressieranlagen
Grundbesitz: ges. 27 544 qm, beb. 13 870 qm
Kommand-Kap: DM 7 Mio
Besch. 1990: 570
Ums. 1992: DM 70 Mio; 1991: DM 66 Mio; 1990: DM 66 Mio
Verb: Bundesverband Druck e.V., Verband Dt. Zeitungsverleger, Adressbuchverlegerverb., Ifra
Hoppenstedt-Firmen-Nr.: 315 755 520/93/2

(Eintrag bis zum 10.1.94 unverändert)

SPS Verlagsservice GmbH
Karl-Mand-Straße 2 • D-5400 Koblenz
Telefon 0261/80706-0
Telex 862662 spsd • Telefax 0261/8070654

SPS

Verlags-Nr. 16 096 Kunden-Nr. ....

SPS - Verlagsservice GmbH
Karl-Mand-Straße 2, Postfach 20 60, 5400 Koblenz
T. (02 61) 8 07 06-0, Fax 8 07 06-54, Telex 86 26 62 spd d
Bankverbindung: Deutsche Bank Koblenz (BLZ 570 700 45) Kto. 0164830
Dresdner Bank Koblenz (BLZ 570 800 70) Kto. 6064205
PGiroA Köln (BLZ 370 100 50) Kto. 110961-506

Geschäftszeiten: 8.00-16.45 Uhr

Geschäftsführung: Hansjochen Keilholz
Sekretariat: Angela Thiele, T. 8 07 06-21
Vertriebsleiter: Willy Laerbusch, T. 8 07 06-33
Grosso und BB: Kerstin Rattun, T. 8 07 06-38
Remissionsbearbeitung: Tanja Röhrig, T. 8 07 06-37
Gesamt-Abo-Verw.: Elke Schiffer, T. 8 07 06-28
Vertriebsleiter Bücher: Reinhard Jansohn, T. 8 07 06-40
Herstellung: Horst Jung, T. 8 07 06-[illegible]
Auslieferung: Werner Muys, T. [illegible]
Wareneingang: Silvia Hünecke, T. [illegible]
Hauptbuchhaltung: Kornelia Schmengler, T. 8 07 [illegible]-25
Buchhaltung: Brigitte Stauch, T. 8 07 06-26
Leiter EDV und Organisation: Erika Schuh, T. 8 07 06-30
Außendienst: Henrik Gamrath, Christa Wolber, Firmenanschrift, T. 8 07 06-0
Hausspediteur: Z.Z. VerlagsService Eichberg, Hürth

Verlagsprogramm: ca. 500 Buchtitel aus dem Bereich Sicherheitspolitik, Wehrwesen und Geschichte

Zeitschriften:

ACQUISA	12 x jährlich	DM	7,50
AEROKURIER	12 x jährlich	DM	8,00
AUSLANDSKURIER	12 x jährlich	DM	7,80
CODE	12 x jährlich	DM	7,50
HEIM + GARTEN	12 x jährlich	DM	[illegible]
INNOVATIO	12 x jährlich	DM	8,00
JUNGE FREIHEIT	12 x jährlich	DM	2,80
MEDIZIN HEUTE	12 x jährlich	DM	3,50
VERITAS REZEPTHEFTE	12 x jährlich	DM	6,30
VFA-PROFIL	12 x jährlich	DM	9,30
WEHRTECHNIK	12 x jährlich	DM	8,00
MILITARY TECHNOLOGY	11 x jährlich	DM	9,50
CRITICON	6 x jährlich	DM	10,50
GESUNDE MEDIZIN	6 x jährlich	DM	5,00
NAVAL FORCES	6 x jährlich	DM	9,50
TECHNOLOGIA MILITAR	6 x jährlich	DM	8,00
DOMUS-MAGAZIN	4 x jährlich	DM	3,50
FUSION	4 x jährlich	DM	9,50
IBYKUS	4 x jährlich	DM	9,50
LUFTWAFFEN-FORUM	4 x jährlich	DM	7,00
ÖKO-RATGEBER	4 x jährlich	DM	9,00
MILITARY TECHNOLOGY SH	jährlich	DM	19,00
MÜHLENKOBOLDE	unregelmäßig	DM	2,50
REISEJOURNAL	unregelmäßig	DM	5,50
VOM ORIGINAL ZUM MODELL	unregelmäßig	DM	19,00

R u n d b r i e f

Der neueste Stand zum Prozess gegen die ArolserInnen

Der erste Prozeß gegen die Antifas aus dem Raum Arolsen wegen des Überfalls auf den Neonazi-Funktionär Thomas Kubiak vom 14.8.1993 ist nach drei Verhandlungstagen zu Ende gegangen.
Am ersten Prozeßtag, den 4.2.1994 gab es es eine Kundgebung vor dem Kasseler Landgericht mit Redebeiträgen von den ArolserInnen, von Gunther aus Wiesbaden und von UnterstützerInnen der in Berlin inhaftierten GenossInnen. Um die Solidarität mit den Angeklagten zu bekunden und gegen die Kriminalisierung des Antifa-Widerstandes zu protestieren, kamen ca. 120 Leute aus verschiedenen Städten. Unangenehme Begleiterscheinung war, daß die Bullen, die über die ganze Innenstadt verteilt waren, drei Antifas vorübergehend wegen angeblichen Waffenbesitzes festgenommen haben.
Zum Prozeß selbst: Nach der Personalienaufnahme haben die Angeklagten eine gemeinsame politische Erklärung und dann ihre persönlichen Einlassungen, die sich annähernd mit ihren bereits gemachten Aussagen deckten, vorgelesen. Außer Formalien lief dann am ersten Tag nicht viel mehr.
Am 11.2., dem zweiten Prozeßtag, wurden die AugenzeugInnen und überdies Thomas Kubiak selbst, der z.Z. in U-Haft sitzt*, vernommen. Es ging weiter mit der Verlesung der Aussagen der Angeklagten, die sie in der Haft bzw. vor der Polizei gemacht haben. Draußen vor dem Saal kam es zu Auseinandersetzungen mit Presseleuten vom HR. Der HR war schon am Freitag vorher aufgefallen, weil sie Großaufnahmen von BesucherInnen des Prozesses gesendet hatten. Ein Antifa bekam wegen dieser Auseinandersetzung einen Gerichtsverweis. Am dritten Prozeßtag wurden die Leute von der Jugendgerichtshilfe gehört, danach haben Staatsanwalt und Verteidigung ihre Plädoyers gehalten. Letztendlich sind alle fünf in diesem ersten Prozess angeklagten Arolser wegen Landfriedensbruch verurteilt wurden. Es gab vier mal 9 Monate Haft, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, und einmal 15 Monate auf drei Jahre Bewährung mit einem Jahr Vorbewährung. Darüberhinaus müssen alle jeweils 100 (!) Arbeitsstunden ableisten, und drei Leute bekommen für ein halbes Jahr den Führerschein entzogen. Revision gegen das Urteil ist zugelassen.
So, das waren erstmal die Eckdaten zu dem ersten Prozeßblock. Natürlich gibt es dazu noch viel mehr zu sagen, aber darüber wollen wir von der Kasseler Soligruppe noch genauer und nach dem Abschluß des zweiten Prozessblocks reden. Inzwischen ist im Raum Arolsen auch die "Anti-Antifa" wieder aktiv geworden: drei der Angeklagten haben Drohbriefe von den Nazis erhalten!!!
Der nächste Prozeßblock gegen die restlichen ArolserInnen, denen sogenannter Landfriedensbruch vorgeworfen wird fängt [redacted] am 11.3.1994 an. Weitere Termine sind der 18. und 25. März. Der Prozess beginnt wieder um 9 Uhr morgens im Kasseler Landgericht, Saalbau, Raum 133, Frankfurter Str. 11, 34117 Kassel. Kommt alle!!! Damit wir die Öffentlichkeit im Gerichtssaal bestimmen und nicht die Nazis.

Kasseler Soligruppe zu Arolsen

* Kubiak sitzt in U-Haft wegen Beteiligung an einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Hamm und wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (der "Sauerländer Aktionsfront").

Wenn Faschisten losziehen um politische Willensbildung zu betreiben!

Oder wie es kommen kann daß militante Neonazis sich in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Gericht wiederfinden.

Nun wie konnte es dazu kommen daß die Staatsschutzkammer in Dortmund gegen die drei Hauptangeklagten und fünf Nebenangeklagten ein Strafverfahren einleitet, welches auf den ersten Blick als schwerer juristischer Schlag, gegen alle Mitglieder, der am 22.12.92 verbotene Nationale Offensive, gewertet werden kann. Nun wie sah sie denn aus die sogenannte politische Willensbildung der Nationalen Offensive.

Die Nationale Offensive wurde am 03.07.90 in Augsburg gegründet. Maßgeblich daran beteiligt waren Funktionäre und Aktivisten des sogenannten Moslerflügels in der FAP, allen voran einer der heutigen Hauptangeklagten Michael Swierszek. Der 40 Punkteplan der NO steht dem ehemaligen Parteiprogramm der NSDAP sehr nahe. Auf die Frage warum der Bundesinnenminister nicht damals schon die Nationale Offensive verboten hat, wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen. Die faschistische Hetze die von der NO betrieben wurde sah auch nicht wesentlich anders aus als bei den übrigen faschistischen Parteien. So bestand ihre Parteiarbeit unter anderem aus der Leugnung des Holocaust, sie stellten revanchistische Ansprüche an Osteuropäische Länder, hetzen gegen AusländerInnen, führten Prozeßbegleitungen von Verfahren gegen Alt- und Neonazis wie z.B. der Prozeß gegen den Kriegsverbrecher und Massenmörder Josef Schwammberger durch usw. . Die NO betrieb Wehrsportübungen im In- und Ausland (Österreich), hatte gute Kontakte zu internationalen FaschistInnen wie z.B. der RNE in Moskau welche maßgeblich an dem militanten Putsch gegen Jelzin im Oktober 93 beteiligt war. Zahlreiche Übergriffe gegen AusländerInnen, Linke usw. gingen auf ihr Konto, so war z.B. das Dresdener NO Mitglied Gonodais beteiligt. Im Jahre 93 versuchten sie ihre revanchistische Kampagne, durch den Ankauf eines Hauses in Polen, direkt vor Ort durchzuführen. Sie stellten deutschsprachige Straßen und Ortsschilder auf und errichteten einen deutschsprachigen Radiosender. Aber wie sah Konkret die "politische Willensbildung" bei den drei Hauptangeklagten aus?

Aufkleber welche die NO in Witten und Umgebung verklebt hat

Der Bundesvorsitzende der Nationalen Offensive Michael Swierszek, geboren am 03.10.61, wird nach einer mehr oder minder großen Karriere bei der NPD bzw. deren Jugendorganisation JN sowie der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBD/PdA) Mitglied der Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten (ANS/NA). Diese Organisation, welche als Vorfeldorganisation der NSDAP gedacht ist, wird am 07.12.83 vom Bundesinnenminister verboten. Nach dem Verbot der ANS/NA setzt er seinen politischen Werdegang fort und wird Sektionsleiter Süd des "Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler". In den folgenden Jahren ist er auf mehreren großen Veranstaltungen von FaschistInnen als Redner anwesend. Michael Swierszek ist bis 1990 Mitglied der FAP und hat 1989 folgende Funktionen inne: Er ist stellvertretender Generalsekretär der Bundes FAP, Herausgeber der FAP Intern und Landesvorsitzender der FAP Bayern. Bei der Gründung der Nationalen Offensive am 03.07.90 in Augsburg wird Michael Swierszek zum Bundesvorsitzenden gewählt, was er auch bis zu dem Verbot der Nationalen Offensive im Dezember 92 bleibt.

Das jetzige Betätigungsfeld von Michael Swierszek ist die Durchführung des so genannten "Rechtskampf" welcher gegen das Verbot der rechtsradikalen Parteien Deutsche Alternative (DA), Nationale Front (NF), Nationale Offensive (NO) geführt wird. Michael Swierszek ist auch Herausgeber einer gleichnamigen Zeitung welche in der rechtsextremistischen Szene gern gelesen ist.

Den juristischen "Rechtskampf" führt der "prominente" "Rechts"Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg. Vom 04.12.93 bis zum 11.12.93 organisierte Michael Swierszek eine Bundesweite Solidaritätswoche welche Zeitgleich mit der Solidaritätswoche der RNE in Moskau stattfand. Bei der RNE hatte diese Woche scheinbar Erfolg, so wurden am 28.02.94 alle Putschisten aus der Haft entlassen, ob die Nationale Offensive in nächster Zeit einen ähnlichen Erfolg erzielen kann? Daß die Anti- Antifawoche der FaschistInnen und das erscheinen des "Einblicks" nur zufälligerweise auf den gleichen Termin fiel, ist sicherlich sehr unwahrscheinlich.

Der von M. Swierszek herausgegebene Rechtskampf

Eine weitere nicht unwesentliche Rolle unter den Angeklagten nimmt der Wittener Christian Sennlaub ein. Sennlaub, am 01.12.60 geboren , ist kein Unbekannter in der faschistischen Szene. So war er ähnlich wie Michael Swierszek schon im Jahre 82 in der ANS/NA bzw. ANS (so war ihr Name bis zum Januar 83) organisiert. In dieser Zeit gab es auch die ersten rechtsextremistischen Anschläge in seiner Heimatstadt Witten. Nach dem Verbot der ANS/NA trat er in die Freiheitliche Deutsche Arbeiter Partei (FAP) ein, welche als Auffangbecken für die verbotene ANS/NA anzusehen war. Sennlaub welcher nach kurzer Zeit zum Kameradschaftsführer der FAP in Witten ernannt wurde, ist Mitte 84 zum Gausekretär des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten des 100. Geburtstags von Adolf Hitler (KAH) ernannt worden. Das KAH hatte nicht nur die Funktion die Geburtstagsfeierlichkeiten vorzubereiten, sondern führte innerhalb der FAP die Aufgabe der ANS/NA weiter. Innerhalb der KAH gab es ein Referat für Sicherheit (RfS) welchem Sennlaub angehörte. Am 05.07.88 hat er zusammen mit Andreas Szypa (FAP Witten) und Christian Malcoci (Beisitzer im Bundesvorstand der FAP und Gründer des RfS) ein Papier unterzeichnet, in welchem steht, daß Szypa das RfS davon unterrichtet hat, als Informant vom Verfassungsschutz geworben worden zu sein. Was er auch tat, der Verfassungsschutz bekam nur mit dem RfS abge-

sprochene Informationen. Das RfS ist Vorläufer der Anti - Antifa anzusehen und hatte damals schon sein Hauptaufgabengebiet in der "Feindaufklärung". Im Jahre 89 trat die FAP in Witten ein letztes mal, im Rahmen des Europawahlkampfs, auf. In der aktiven Zeit der Wittener FAP gab es in Witten sowie in anderen Städten der BRD Angriffe und Auftritte der FaschistInnen an denen auch Christian Sennlaub beteiligt war. Wie z.B. am 11.10.86 wo Christian Sennlaub einen Schuß aus seiner Leuchtpistole abgab weil ihn BürgerInnen beim Verteilen von Flugblättern hinderten, oder aber der Brandanschlag Ende Januar 87, auf die Räumlichkeiten des 3.Welt und Buchladen, in welchen sich das Antifaschistische Bündnis Witten zu diesem Zeitpunkt traf. Am 22.08.87 findet in Witten der erste Rudolf Hess Gedenkmarsch unter Beteiligung von 120 bundesweit angereisten Faschisten statt, die Vermutung liegt nahe daß diesen Marsch Christian Sennlaub maßgeblich mitgestaltet hat. Bei einer Bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen FaschistInnen aus dem KAH wird auch Christian Sennlaubs Wohnung durchsucht. Am 15.10.88 wird im Weitmarer Holz in Bochum ein Wehrsportcamp der FAP von der Polizei aufgelöst, neben mehreren Pistolen und Kampfmessern werden auch Urkunden welche die Teilnahme an der Wehrsportübung bescheinigen sollen sichergestellt. Sie tragen die Unterschrift des stellvertretenden Landesvorsitzenden der FAP Christian Sennlaub, welcher auch einen Tag später am Ort des Geschehens von der Polizei angetroffen wird. Wie geplant tritt am 100. Geburtstag von Adolf Hitler das KAH in Erscheinung. Unter Beteiligung namhafter Faschisten wie Volker Jaschke, Giesbert Reichel, Christian Malcoci, (alles Funktionäre der FAP) und der Niederländer Martyn Freling (ANS/NL und im März 94 Kandidat der cp 86 in Rotterdam. Die cp 86 ist mit der DVU zu vergleichen.) stürmt er das Essener Büro der Deutschen Presseagentur (dpa) und besetzt zusammen mit seinen "Kameraden" den Balkon des Gebäudes. Auf einem Transparent welches sie ausgebreitet haben ist zu lesen: "Adolf Hitler - 100 Jahre, sein Kampf - unser Auftrag". Der eigens dafür aus München angereiste Pressesprecher der FAP Michael Swierszek gibt gegenüber der Presse bekannt, daß die Aktion schon seit Wochen geplant und geübt war. Ab diesem Zeitpunkt trat dann die Nationale Offensive auch in Witten auf. Christian Sennlaub baute einen Kreisverband auf, welcher in den Städten Bochum, Dortmund, Hagen und Witten tätig war. Ein anderes Aufgabengebiet von Christian Sennlaub war die Tätigkeit des Beisitzers im Bundesvorstand der Nationalen Offensive und der Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener und deren Angehörigen (HNG), des weiteren war er bis zu seiner Festnahme Schriftleiter der HNG Nachrichten. Auch als NO Funktionär war er nicht weniger aktiv. So wurden in den Wittener Wäldern Schießübungen von der NO durchgeführt, ebenso war er jährlicher Teilnehmer der Rudolf Hess Märsche und begleitete z. B. den Prozeß gegen die Verfasser und Herausgeber der SS - Leithefte Kathagen, Brand und Brandscheidt in Bochum. Ein weiteres Tätigkeitsfeld war für den Wittener das Werben für die faschistische Söldnertruppe HOS. In dieser von der kroatischen faschistischen Partei HSP aufgestellten Kampftruppe haben sich Faschisten aller Länder versammelt. So auch ein Wittener Faschist welchen Christian Sennlaub, laut Staatsanwaltschaft, dazu gezwungen haben soll, in den Kampf zu ziehen. Dieser Wittener war Mitglied einer Einheit von zwölf Söldnern, acht seiner "Kameraden" überlebten den Kampf nicht. Was müssen wir erwarten wenn diesen jungen FaschistInnen gut ausgebildet und noch schlimmer, absolut skrupellos aus dem Balkan Krieg zurückkommen. Gegen wen werden sie dann ihre Handgranaten, Maschinenpistolen und die anderen Waffen einsetzen? Es ist gar nicht ab zusehen was für Folgen es haben könnte, wenn die FaschistInnen ihre Schießübungen aus den Wittener Wäldern auf die Straße verlegen würden. Die nötige Ausbildung dürften sie in den vergangenen Jahren erlangt haben. Das dies keine Hirngespinste einiger AntifaschistInnen sind, zeigen die ausgiebigen Waffen und Sprengstoffunde welche bei den Hausdurchsuchungen im Dezember 92 im Raum Witten zu tage kamen.

C. Sennlaub am 5.12.92 auf einem vom K V Witten organisierten Aufmarsch

NACHRICHTEN DER HNG

Januar 1993
15. Jahrgang - Nr. 146

Ein weiterer Mitangeklagter und ebenfalls wie der verhaftete Sennlaub, sich in U.Haft befindender Wittener "Kamerad" ist der 21 jährige Andre Krieger, welcher auch seine ersten "Auftritte" noch unter dem Parteifahne der FAP durchführte. Andre´ Krieger persönlich von Christian Sennlaub herangezogen, ist in Witten als sein engster Vertrauter anzusehen. So lud er im Namen des Kreisvorsitzenden zu einem Landesweiten Treffen der Nationalen Offensive ein. (Monat? Jahr?). Im Herbst 92 stieg er zum Leiter des Ermittlungsausschuß der HNG auf und leitete das Wittener Büro. Weiter war er neben Christian Sennlaub Koordinator der Anti - Antifa Witten welche die Zweite im Bundesgebiet war.

Sicherlich erwarten wir keine Verantwortlichkeit von diesem Staat, wie könnten wir es auch, schließlich ist jetzt schon zu sehen mit welchem Interesse die Bundesdeutsche Justiz an den Prozeß heran geht. Als erstes sollten Krieger und Sennlaub gegen Zahlung einer Kaution von 160.000 DM im März entlassen werden aber so weit kam es erst gar nicht. Im Sommer 93 kamen Krieger und Sennlaub gegen Auflagen aus der U-Haft frei und zeitgleich verkündete die Staatsschutzkammer Dortmund, daß sie den Angeklagten nicht den Prozeß wegen Bildung einer Kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) machen, da sie die von der Staatsanwaltschaft aufgeführten

Deutscher Beobachter
KEINE MARK AN ISRAEL

Wer wir sind und was wir wollen

oben links: Bundesweite Zeitung der NO
oben rechts: Zeitung der NO in Sachsen
unten rechts: Selbstdarstellung der NO

Beweise als Straftaten untergeordneter Bedeutung einstuft. Das Verfahren vor dem Jugendschöffengericht Bochum wurde durch einen Beschluß des Oberlandesgericht Düsseldorf wieder an die Staatsschutzkammer Dortmund zurückverwiesen. Wen wundert es eigentlich noch, wenn wir das Nichtverhalten der Bundesregierung Neo- betrachten und Verhalten Flüchtlingen werden sie in die Hände ausgeliefert Wochen und dafür Abschiebeknäste gegen ein Gesetz haben. durch eigens dafür Gesetze das Recht selbständig zu Kleinkindern wird Fertigessen den Erwachsenen, kündigt für ihren daß die alität" eines ihrer wird. Und von sollen wir

gegenüber den FaschistInnen andrerseits das gegenüber anschauen. Da Flüchtlinge, bevor ihrer Henker werden, noch Monate in eigens eingerichtete gesteckt ohne verstoßen zu Flüchtlingen wird geschaffene genommen sich ernähren, ihren das selbe vorgesetzt wie die CDU / CSU Wahlkampf an. "Ausländerkrimin Hauptthemen diesem Staat Verantwortlichkei

Rudolf Hess Gedenkmarsch 1991
In einer Reihe und ganz vorn:
Ewald Bela Althans, Christian Malcoci, Christian Sennlaub, Gottfried Küssel

t gegenüber Neo-FaschistenInnen verlangen? Er würde sich dabei ja in sein eigenes Fleisch schneiden, führen Swierszek Sennlaub, Krieger und wie sie noch alle heißen mögen, doch nur das aus was unsere PolitikerInnen ihnen vorgeben. Von diesem Staat verantwortliches Umgehen im Zusammenhang mit FaschistInnen verlangen, niemals. Gleich wie der Prozeß auch ausgehen wird, an dem Verhältnis zwischen Staat und Neo-FaschistInnen wird sich nichts ändern.

Überlassen wir den FaschistInnenen den Gerichtssaal nicht allein.
Kommt alle zum Prozeß gegen die Nationale Offensive
Ort: Landgericht Dortmund, Kaiserstraße
Termin: 15.03.94 um ca. 8.30 Uhr

Für PressevertreterInnen sind Hintergrundinformationen zu Swierszek, Sennlaub und der Nationalen Offensive unter der VisdP Adresse erhältlich.

VisdP: Infogruppe der Kleinen Strolche, c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Am Dienstag den 1.9. tagten im [illegible] der REP's im Rathaus Steglitz ([illegible] 10 REP's). Es war eine halboffene Veranstaltung, zu der schriftlich eingeladen wurde. Einige jüngere AntifaschistInnen gingen spontan dorthin, um die Schlips u. Kragenfaschisten bei ihrer Tagung zu stören. Als wir hineinkamen und uns ihre Propaganda, Kugelschreiber,usw anzugucken und uns an ihren Getränken zu bedienen, wurden die Herren agressiv. Sie fragten uns, ob wir schon unsere "Stütze" abgeholt hätten und baten uns den Raum zu verlassen, sonst würden sie die Polizei holen. Schließlich fingen sie an und rauszudrücken. Dabei kam es dann zu Rangeleien, bei denen die REP's ganz schön handgreiflich wurden. Ein paar Stühle und Ständer fielen um und ein paar Gläser gingen kaputt. Die REP's schrien verzweifelt nach Polizei und prügelten weiter. Schließlich konnten wir uns aus den Klauen der Herren befreien und stürmten hinaus. Den REP's gelang es jedoch drei Personen festzuhalten und die Ausgangstür beim Pförtner zu verschließen. Nach einigen hilflosen Hilfeversuchen mußte der Rest der Gruppe vor dem Bullen fliehen. Nach ca. 2 1/2 Stunden wurden die SchülerInnen freigelassen. Die ca. 10 Bullen-Zivis verpissten sich offiziel und die REP's konnten leider weitermachen. Dazu gab es noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Beleidigung.
Die REP's sitzen in vielen Rathäusern (einfach nachzufragen) und machen dort ungestört ihre Sitzungen. Sie sind jedoch leicht angreifbar und es ist kein Ding ihre Tagungen zu verhindern. Wir hams leider falsch gemacht.
KEIN FUSSBREIT DEN REP'S UND ANDEREN FASCHISTEN !!!!!!

Hallo Genossinen und Genossen !
Spät,aber hoffentlich nicht zu spät,liegt nun die Einladung für das nächste "Bundesweite Wunsiedelvorbereitungstreffen"vor euch.

Es findet am 12.3.94,um 12.°° Uhr,bei uns in *Frankfurt/Main*,in der *Varrentrappstr.38 (JuZ Bockenheim)* statt.

Nachdem das letzte Treffen für alle anwesenden Menschen mehr oder weniger frustrierend war,da die Diskussionsatmosphäre ab einem gewissen Punkt ziemlich beschissen war,und ein ruhiges Miteinanderumgehen nicht mehr statt fand,hoffen wir,daß das nächste Treffen am 12.3. für alle angenehmer wird.
Damit es diesmal anders wird,finden wir es einerseits wichtig,daß nicht wieder Situationen entstehen,in denen sich Gruppen überrannt fühlen,in denen anderen Gruppen falsche Sachen unterstellt werden,oder in denen eine Fraktionsbildung statt findet,bei der nicht klar ersichtlich ist,das sie politisch begründet ist.
Einige von uns aus Frankfurt hatten jedenfalls das Gefühl,daß die drei genannten Situationen die Atmosphäre auf dem letzten Treffen stark geprägt haben.
Andererseits sollten sich diesmal die verschiedenen Gruppen,(nach Möglichkeit,auch wenn diese Enladung etwas spät kommt,was keine Absicht ist!!) noch einmal gründliche Gedanken über die Kampange machen,damit wir diesmal einigermaßen sachlich miteinander Reden können.Denn uns im Rhein/Main Gebiet geht es,unabhängig von der Frage,ob wir am Tag X zentral oder dezentral handeln(wobei sich das dezentrale Konzept auf dem letzten Treffen ja mehr oder weniger,und zum Teil nur zähneknirschend,durchgesetzt hat.),vorallem um die Diskussion über eine bundesweite Kampange im Vorfeld von Wunsiedel.
Da diese Diskussion auf dem letzten Treffen,viel zu kurz gekommen ist,hier nocheinmal ein kurzer Abriß über den Sinn und Zweck der Kampange:
Uns ist es zu wenig,unser politisches Handeln im Bezug auf Wunsiedel,auf den Tag X,zu beschränken,da solch ein Vorgehen ein bloßes Reagieren auf die Faschos und Bullen bedeuten würde.
Wir finden es viel wichtiger,die Initiative zu übernehmen,um selbst zu bestimmen,wie,wann und wo wir politisch aktiv sind.
Eine bundesweite Kampange,die 3-4 Monate vorher startet,könnte uns die Möglichkeiten geben,

!. das wir unsere politischen Inhalte selbst bestimmen,die nicht nur auf Aktionen gegen Stiefelfaschisten begrenzt sein sollten.Wobei wir solche Aktionen natürlich nicht vernachlässigen dürfen.Das heißt,daß wir das Thema Antifaschismus zum Beispiel auch ganz stark mit anderen Inhalten,wie z.B. Patriarchat,Kapitalismus,Rassismus und Imperialismus füllen,welche ja eigentlich ohnehin nicht von einander,zu trennen sind.

2.ereichen wir längerfristig durch so eine Kampange,falls sie inhaltlich gut geführt wird,vielmehr Menschen,als bei einer Mobilisierung,die auf den Tag X beschrängt ist.

Und

3.denken wir,daß durch die Zusammenarbeit vieler verschiedener Antifa-Gruppen, die zwar ersteinmal auf die Kampange beschränkt ist,sich Möglichkeiten ergeben,daß wir uns,über eine gemeinsame politische Erfahrung und dem gegenseitigen Kennenlernen,längerfristig besser koordinieren und organisieren können,sowie perspektivisch weiterkommen.
Und zwar unabhängig davon,ob die einzelnen Gruppen in festen Strukturen (z.B. die BO) organisiert sind,oder nicht,und unabhängig davon,ob die einzelnen Gruppen hauptsächlich Antifa-Arbeit machen,oder in anderen Bereichen politisch aktiv sind.

In diesem Sinne,solidarische Grüße aus FFM

Antifaschistische Koordination Frankfurt

Angehörigen Info 139 * 24.2.1994

Birgit Hogefeld: Bericht zu meinen Haftbedingungen (23. 1. 94)

Ende Dezember hat der BGH das Haftstatut gegen mich dahingehend geändert, daß ich seitdem nicht mehr 24 Stunden am Tag allein in einer 8 m² großen Zelle eingesperrt bin, sondern 23 Stunden. Sie wollten endlich der „kritischen Öffentlichkeit" verkünden, daß meine Totalisolation nach 6 Monaten aufgehoben worden ist — in Kürze soll sie unter neuem Namen wieder durchgezogen werden, aber dazu später.

Tatsächlich kann ich seitdem Hofgang zusammen mit anderen Frauen machen, allerdings nur mit denen, die auch Untersuchungsgefangene sind und die außerdem nicht arbeiten. Das sind meistens 6-8 Frauen, aber die gehen natürlich nicht alle jeden Tag in den Hof (die, die auf Entzug sind, nicht; die meisten von denen, die wissen, daß sie sowieso bald rauskommen, nicht usw.), wenn wir 5 Frauen sind, ist das viel, wir waren auch schon zu zweit — die anderen sprechen sich ab, damit ich da nicht allein rumlaufe; als ich vor einigen Tagen zu einer Zeugenvernehmung nach Frankfurt gebracht worden war, ist niemand in den Hof gegangen.

Ich bin weiterhin von allem ausgeschlossen: Aufschluß, Umschluß, Sport, Bücherei (den Zugang zu den Büchern verwehrt mir der Knast seit 5 Monaten), Kirche usw. — ich soll tatsächlich außer während dieser einen Stunde im Hof den ganzen Tag über keine der anderen Frauen zu Gesicht kriegen, selbst den Müll lassen sie mich nicht zur selben Zeit wegbringen wie die anderen. Ich soll bloß immer diese Zelle sehen und die gegenüberliegende Mauer, sonst nichts — die Zelle liegt so, daß den ganzen Winter über die Sonne nicht reinscheint, als ich jetzt wieder in den Hof konnte, habe ich nach 3 Monaten zum ersten Mal wieder die Sonne gesehen.

Die Zellen über, unter und neben mir sind bis auf eine alle leer, und für diese eine, die sie manchmal wegen Platzmangel kurzzeitig belegen müssen, gibt es die Anweisung, daß da ausschließlich Frauen reinkommen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben — ich soll mit niemandem reden können.

Um uns zu spalten und die anderen gegen mich aufzuhetzen, laufen tausend Schikanen: Weil angeblich eins meiner 20 Bücher fehlt (das ist das vom BGH festgelegte Kontingent), werden bei allen anderen die Zellen durchsucht; weil „wegen mir" Straf- und Untersuchungsgefangene getrennt Hofgang machen müssen, schicken sie uns neuerdings mehrmals wöchentlich morgens im Dunkeln und bei Scheinwerferlicht raus (obwohl wir sowieso den ganzen Tag über Licht anhaben müssen, weil die Zellen so dunkel sind), usw.

Eine Frau, mit der ich befreundet bin und mit der ich bis vor kurzem viel am Fenster reden konnte, wurde bei ihrem Prozeß vom Richter gefragt: „Denken Sie, daß Frau Hogefeld der richtige Umgang für Sie ist?" und „Ist Ihnen bekannt, daß die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar ist?"

In der Regel laufen solche Einschüchterungs- und Spaltungsversuche ins Leere — aber natürlich nicht immer und nicht bei allen.

Diese Frau habe ich letztens vom Hof aus am Fenster gesehen, und wir haben natürlich angefangen, miteinander zu reden, und deshalb soll jetzt als „Strafmaßnahme" gegen mich, angeordnet vom BGH (also der Bundesanwaltschaft), der Hofgang für was weiß ich wie lange wieder ganz gestrichen werden, also wieder 24 Stunden Einschluß in der Zelle. So können sie jedem das Haftstatut zeigen, das Hofgang zusammen mit den anderen Frauen vorsieht, in Wirklichkeit ziehen sie aber wieder die Totalisolation gegen mich durch.

Medizinische Versorgung verhindern sie, wo sie nur können, z.B. eine notwendige Untersuchung durch einen Orthopäden, denn sie wissen, daß ich vor 12 - 13 Jahren an den Hüftgelenken operiert worden bin und Probleme beim Gehen usw. habe. Ein Arzt meines Vertrauens würde sowieso nicht zugelassen, aber selbst die Untersuchung durch einen Arzt, den sie bestimmen, blockieren sie dadurch, daß sie meiner Anwältin oder mir jede Auskunft über Bedingungen und Art der Untersuchung, die sie machen wollen, verweigern. Ich wäre angeblich ausreichend durch den Knastarzt beraten worden, auf bestimmte Art stimmt das: Für mich war's ausreichend! Solche Operationen an Hüftgelenken sind eine größere Angelegenheit, du bist monatelang im Krankenhaus, kannst fast zwei Jahre lang nur an Krücken laufen, und dieser „Arzt" fragt mich: „Wurde das ambulant gemacht?", das ist ähnlich, als würde er jemanden fragen, ob ihm der Blinddarm in einer Apotheke rausgenommen wurde. Mehr braucht man/frau über die fachliche Qualifikation eines Arztes nicht zu wissen.

Ich soll systematisch von jeder aktuellen politischen Diskussion abgeschnitten werden. Jedes Flugblatt, jede Zeitschrift oder Kopie von egal was hält der BGH an, und was ich über 'n Knast bestelle, wird oft nicht ausgehändigt, oder sie schicken es einfach an den Absender zurück. Briefe von mir kommen durchschnittlich nach 4-6 Wochen an, und ich schätze, daß etwa die Hälfte aller an mich gerichteter Post seit meiner Verhaftung beschlagnahmt worden ist. In letzter Zeit kommen auch an mich gerichtete Briefe immer öfter erst nach Wochen an. Praktisch heißt das, wenn ich mit jemandem eine Diskussion führen will und ihm oder ihr schreiben, dann kann ich frühestens nach ca. 10 Wochen mit der Antwort rechnen. Ein zusätzliches Problem ist, daß kaum jemand glaubt, daß das alles tatsächlich so rigide abläuft, wie ich es immer wieder schreibe, und so bekomme ich Briefe: „. . .was ich an dem und dem Artikel in der *interim* gut fand . . .", und ich weiß natürlich nicht, wovon die Rede ist.

Ich denke, ich kriege über das „normale Programm" raus ganz einfach auch die Rache für vieles ab: lange Jahre keine Verhaftung von RAF-Mitgliedern, Bad Kleinen, der Spitzel und trotzdem nicht die Zerschlagung der RAF usw. — vor einigen Tagen bin ich von einer hessischen Spezialeinheit von Frankfurt nach Bielefeld gebracht worden, das war wie in einem Film aus Lateinamerika: gepanzerter Mercedes, rundrum verhängt mit schwarzen Vorhängen, auch zum Fahrer hin. Diese Typen haben mich öfter „bedroht", das war ihr Wort und hieß, sie haben mir mehrmals gesagt, wie sehr sie sich über eine Gelegenheit freuen würden, mich zu erschießen, „wenn Sie die Arme auf den Rücken gefesselt haben, dann treffen wir Sie auf jeden Fall gut, dann sind Sie nicht schnell" usw. Als ich ihnen in Frankfurt nicht gleich die Arme hingehalten habe, um sie auf den Rücken zu fesseln, haben sie mich sofort zu mehreren mit Gesicht und Oberkörper auf den Kofferraum ihres Autos geschmissen und die Handschellen so fest angezogen, daß meine Arme hinterher mindestens um die Hälfte dicker waren als normal, weil sich das Blut stundenlang gestaut hatte.

Birgit Hogefeld

Informationsveranstaltung zu
BAD KLEINEN

24. März 1994 um 20.00 Uhr
VOLKSBILDUNGSHEIM FFM
am ESCHENHEIMER TURM

Am 27. Juni 1993 wurden in Bad Kleinen im Rahmen einer Festnahmeaktion Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen.

ZeugInnen berichteten alsbald von einer Exekution des bereits kampfunfähigen Wolfgang Grams durch GSG-9-Beamte. In der Folge sah sich Bundesinnenministers Seiters zum Rücktritt veranlaßt, er "übernahm die politische Verantwortung für Bad Kleinen"; Generalbundesanwalt von Stahl wurde entlassen, leitende Polizeiführer innerdienstlich umgesetzt.
Die Eltern des getöteten Wolfgang Grams erstatteten Strafanzeige wegen Mordes gegen die GSG-9-Beamten. Die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin verbreitete zunächst, es sei auszuschließen, daß Wolfgang Grams sich selbst getötet habe.

Inzwischen hat dieselbe Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren eingestellt. Es bestehe kein Anhaltspunkt dafür, daß Wolfgang Grams von Polizeibeamten rechtswidrig getötet worden sei. Vielmehr habe er sich selbst in Suizidabsicht den tödlichen Kopfschuß zugefügt. "Glauben Sie es oder glauben Sie es nicht", erläuterte der Schweriner Leitende Oberstaatsanwalt Schwarz das verblüffende Ermittlungergebnis während einer Pressekonferenz. Die Frage, ob Wolfgang Grams von Polizeibeamten kaltblütig exekutiert worden ist, wird nicht als Frage der Wahrheit, sondern als Glaubensfrage aufbereitet. Viel Glaubenskraft und wenig Wahrheitssuche sind jedenfalls notwendig, wenn das präsentierte Ermittlungsergebnis geschluckt werden soll: Die unwiderlegten AugenzeugInnen der Erschießung sollen unglaubwürdig sein; die Augenzeugen von BGS, BKA und anderen Staatsschutzstellen, von denen keiner den tödlichen Kopfschuß gesehen haben will, gelten trotz eingeräumter eklatanter Widersprüche und erstaunlicher Erinnerungslücken als glaubwürdig.

Das Klima für die erstrebte Verfahrenseinstellung war zielstrebig vorbereitet worden. Aus den Ermittlungsakten, die den verschiedenen Behörden vorlagen, waren der Öffentlichkeit wieder und wieder wechselnde Versionen zum Geschehensablauf präsentiert worden, die jede für sich den BGS und die vorgesetzten Behörden und Politiker von jeder Verantwortung freisprechen sollten. Den Anwälten der Familie Grams wurde dagegen auf Veranlassung des Bundesinnenministeriums rechtswidrig bis nach der Verfahrenseinstellung die Akteneinsicht vorenthalten.

Die Eltern von Wolfgang Grams haben gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens beim Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern das Rechtsmittel der Beschwerde erhoben.
Der Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld ist inzwischen erweitert worden: Sie, die zu Beginn der Festnahmeaktion vom Spezialeinsatztrupp sofort "unter Kontrolle" gebracht wurde und keinen einzigen Schuß abgegeben hat, wird jetzt des Mordes an dem GSG-9-Mann Newrzella und des Mordversuchs an anderen Polizeibeamten beschuldigt.

Die Veranstaltung soll einen Beitrag dazu leisten, daß sich die staatliche Verson der Vorfälle in Bad Kleinen im Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht als Wahrheit festsetzt.
Die Anwälte der Familie Grams werden ihre Erkenntnisse in Bezug auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnisse darlegen; die Anwältin von Birgit Hogefeld wird über die gegen ihre Mandantin erhobenen Vorwürfe und über die Sonderhaftbedingungen berichten; Ulla Jelpke wird darstellen, wie "Bad Kleinen" im Innenausschuß des Bundestags und im Bundestag selbst behandelt worden ist; Rolf Gössner wird zum Thema Innere Sicherheit, GSG-9, "Anti-Terror-Gesetze" referieren.

Soliveranstaltung + Fete für inhaftierte AntifaschistInnen

am Freitag, den **18.März 1994**, im **Kato**

(im U-Bhf. Schlesisches Tor, Parkplatzsuchen zwecklos, Bus und Taxi vor der Tür.)

******* Solidarität heißt Widerstand gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus *****

Seit November 93 sitzen 5 türkische/kurdische AntifaschistInnen im Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen an dem Mord an den Nazi-Chef Kaindl (Landesschriftführer der " Liga für Volk und Heimat") im April 92 beteiligt gewesen zu sein. Unsere Freunde sind aktive AntifaschistInnen, die sich gegen den Rassismus, die Neonazis und für "Gleiche Rechte für Alle" in der BRD einsetzen. Diesen Vorfall nehmen die Polizei, der Staatsschutz, Verfassungsschutz ,die rechte Presse, Politiker d.h. die Herrschenden und ihre Institutionen als Anlaß, um gegen die Organisierung der AntifaschistInnen vorzugehen, sie einzuschüchtern, zu kriminalisieren, zu kontrollieren.usw.. Dieses Vorgehen beweißt nochmals, daß die Herrschenden nicht daran interessiert sind, gegen den Rassismus und die Neonazis in diesem Land effektiv vorzugehen, weil sie diese unmenschlichen Kräfte selbst produzeiren.

Keine Einschüchterungs- und Bestrafungskampagne der Herrschenden werden uns daran hindern, unseren Kampf gegen Rassismus und Faschismus internationalistisch fortzusetzen.

Wir die OrganisatorInnen der SOLIVERANSTALTUNG und FETE solidarisieren uns mit allen inhaftierten AntifaschistInnen: "Eine(r) für alle, Alle für Eine(n)"

KOMMT ZAHLREICH ZU DER SOLIVERANSTALTUNG +FETE !!!!

Musik+Tanz+Info-u.Erfahrungsaustausch

gegen Repression, Rassismus,Faschismus und jede Art von Ausgrenzung und Ausbeutung

für Gleichberechtigung, Solidarität, Freiheit, geschwisterlisches Zusammenleben der Völker und ein selbstbestimtes Leben

SOLIVERANSTALTUNG Beginn 19.oo Uhr
Musikgruppen :
ADALILAR, YANKI
Tanz + Musik :
BIRIKIM, zwei RAP Gruppen (KWB, DH)

anschließend FETE

Eintritt: 5,-

Widerstand gegen Rassismus und Faschismus gemeinsam und überall !!

VeranstalterInnen: Musikgruppe ADALILAR und YANKI, Demokratische Studenten Bund (DÖB)

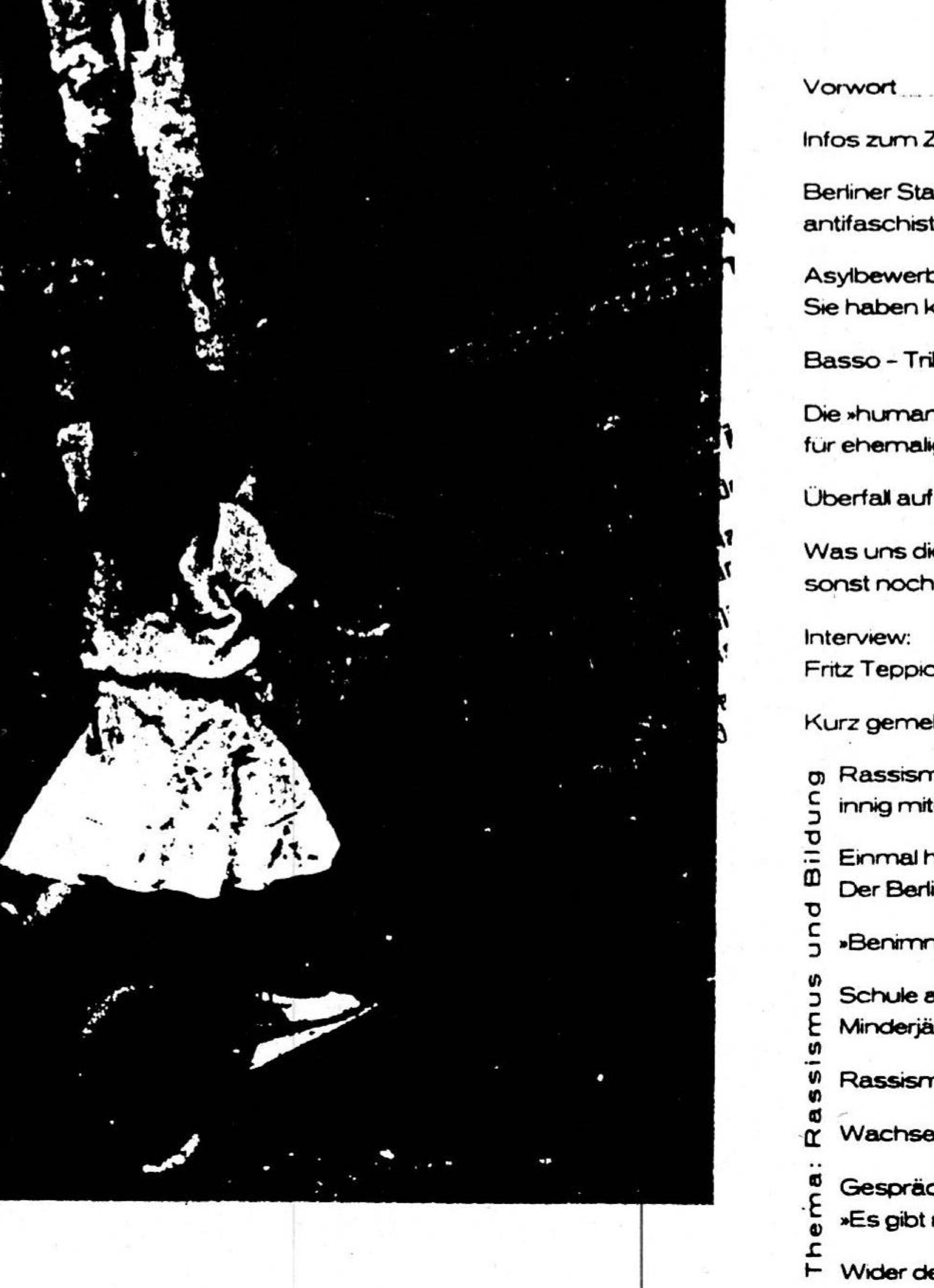
gefördert von Netzwerk e.V



FEBRUAR BIS MAI 1994
1. Quartal 1994
4. Jahrgang Nr. 10
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

4,- DM





6.3.94

Vorläufiger Bericht von den Ereignissen in Potsdam am5.3.

Nach den Häuserräumungen am 22.2. (Hegelallee 5 und K.-Marxstr.21) gab es gestern in Potsdam wieder eine Demo gegen Bullenterror und weitere Räumungen.
Trotz eines Demostrationsverbotes der Polizei versammelten sich um 13 Uhr zirka 2oo Menschen auf dem "Platz der Einheit".Wenig später begann eine Kundgebung, auf der RednerInnen der Stadt Konzeptionslosigkeit im Umgang mit sozialen Problemen vorwarfen. Danach formierte sich ein Demostrationszug in Richtung Innenstadt, der aber nach kurzer Zeit von einer Bullenkette auf der nächsten Kreuzung gestoppt wurde. Zuerst versuchte die Polizei die Demostranten mit ihren Schildern aufzuhalten, doch als die Leute begannen auszubrechen, ging die Polizei massiv mit Schlagstöcken gegen sie vor.Selbst im ORB-Fernsehen wurde dieser Einsatz als "hart" bezeichnet. Die Demo-TeilnehmerInnen verteilten draufhin in der halben Innenstadt.Die Situation eskalierte:Schaufenster gingen zu Bruch und die Polizei schoß mit Gas. In der Friedrich-Ebert-Str. wurden viele dann eingekesselt und verhaftet. Im Verlauf der Ereignisse wurden nach Polizeiangaben 75 Menschen festgenommen.
Wie's jetzt hier weitergehen soll, wissen wir selber noch nicht, aber es war sicher nicht die letzte Aktion zum Häuserk(r)ampf in Potsdam.

METROPOLIS

Knüppeln, zusehen, knüppeln ... Polizei räumt taktische Fehler ein

Mindestens zehn Verletzte / Wieder gingen Schaufenster zu Bruch



„Miete verweigern, Kündigung ins Klo. Häuser besetzen, sowieso", skandierten am Samstag nachmittag die mehr als 300 Teilnehmer einer nichtgenehmigten Demonstration von Hausbesetzern in der Potsdamer Innenstadt. Zuvor hatten sich mehrere hundert Menschen friedlich auf dem Platz der Einheit versammelt. „Eine grüne Mauer hat die Polizei hier hochgezogen", witzelte ein Teilnehmer beim Anblick von Dutzenden Einsatzfahrzeugen und rund hundert Polizisten rings um den Platz.

Gegen 15 Uhr formierte sich aus der Menge ein Demonstrationszug, rund ein Dutzend Polizisten versuchte, den Zug auf der Kreuzung Friedrich-Ebert-/Charlottenstraße zu stoppen. Sichtlich überfordert, zogen die Uniformierten schnell ihre Gummiknüppel. „Wir haben taktische Fehler gemacht und konnten nicht rechtzeitig genügend Leute zusammenziehen", gestand Polizeipräsident Detlef von Schwerin gestern ein. Den Vorwurf, daß auf der Platzseite in Richtung Präsidium mehr Polizisten postiert waren, als in Richtung Innenstadt, nahm er nickend zur Kenntnis.

Nach rund zehnminütiger Prügelei schafften die Demonstranten den Durchbruch und zogen unbehelligt in Richtung Brandenburger Straße. Dort gingen nach Steinwürfen zehn Schaufensterscheiben zu Bruch. Am härtesten traf es das Manos-Möbelgeschäft: „Ich bin enttäuscht. Die Polizei war doch gut vorbereitet, wenn man dem Präsidenten von Schwerin glauben kann", sagt Geschäftsführer Wolfgang Müller. Rund 10 000 Mark Schaden verzeichnet er.

Unbehelligt von den 600 eingesetzten Polizisten zogen die Demonstranten zum Brandenburger Tor, durch die Hegelallee zum Stadthaus. Nach Steinwürfen gegen das Gebäude verteilten sich die Besetzer links und rechts der Behlertstraße in Höfen und Vorgärten. Einzelne Demonstranten wurden mit Gummiknüppeln verprügelt und festgenommen. „Ich hatte drei Verletzte zu versorgen, mein Kollege vier. Alles Kopfverletzungen und Knochenbrüche", berichtet ein Sanitäter vom DRK. Polizei-Einsatzleiter Udo Becker weiß nur von drei verletzten Polizisten, einer wurde dienstunfähig geschrieben, nachdem ein Stein sein Schienbein getroffen hatte.

Insgesamt nahm die Polizei 83 „Fest- bzw. Gewahrsamnahmen" vor, darunter 17 Frauen und 26 Jugendliche unter 18 Jahren. 78 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten sind eingeleitet, gegen drei Leute wird wegen Landfriedensbruchs und gegen zwei Demonstranten „wegen Beleidigung" ermittelt.

Am Abend kesselte die Polizei rund 150 Demonstranten in Babelsberg ein, die sich mit neun Besetzern einer ehemaligen Gaststätte solidarisierten: „Wir konnten gar nicht friedlich abziehen", sagte ein Teilnehmer.

„Ich wollte mir einmal direkt ansehen, wer wen provoziert. Über das Verhalten der Polizei bin ich nicht glücklich", sagt SPD-Kreisgeschäftsführer Thomas Kuster. Vroni Berger ist Mitbetroffene: „Mein Sohn sagte schon beim letzten Mal: Das glaubt ihr nicht, aber die haben angefangen. Heute habe ich mich überzeugt."

Brandenburgs CDU-Generalsekretär Thomas Klein äußerte gestern, er habe das Gefühl, „daß die Polizei in diesem Konflikt verheizt wird".

A. Wirsing

Aufruf zur

Demonstration

gegen das

Blutbad von Al-Khalil
(Hebron)

am Samstag12.März,13:30 Uhr
Treffpunkt: Olivaer-Platz

Wir fordern:

- den sofortigen Abzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten
- die sofortige Entwaffnung der Siedler
- Auflösung der Siedlungen
- internationaler Schutz für die palästinensische Bevölkerung
- Unterstützung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Grundlage aller Uno-Resolutionen
- Korrektur der Verhandlungen auf Grundlage der Uno-Resolutionen zur Durchsetzung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmungsrecht, einen eigenen Staat und Rückkehrrecht

Blutiger Freitag in Palästina

Am Freitag, den 25.02.94, betrat der Siedler Baruch Goldstein die Moschee Al-Haram al-Ibrahim in Al-Khalil und schoß auf die zum Morgengebet versammelten Gläubigen. Die schreckliche Bilanz von über 50 Toten und mehreren Hundert Verletzten läßt an der Version eines Einzeltäters zweifeln. Sicher ist, daß die draußen postierten israelischen Soldaten nicht zum Schutze der Muslime eingriffen.
Im Laufe des Tages erschossen Soldaten in mehreren Städten demonstrierende Palästinenser.
Das Massaker ist nicht die Tat eines verrückten Siedlers, wie uns auch bundesdeutschen Medien glauben machen wollen - sie ist vielmehr die logische Konsequenz der jahrzehnte langen zionistischen Regierungspolitik, die durch illegale Landenteignungen und forcierten jüdischen Siedlungsbau palästinensischen Boden "palästinenserfrei" machen will.
Daß nun selbst die Regierung Rabins Entsetzen über das Massaker zum Ausdruck bringt, klingt eher heuchlerisch. Das Massaker markiert nur den blutigsten Tag nach dem Krieg von 1967.
Ermordungen von PalästinenserInnen durch jüdische Siedler gehören längst zum Alltag. Die wenigen Siedler, die vor Gericht gestellt wurden, wurden frei gesprochen oder kamen mit glimpflichen Haftstrafen davon.
Der PLO ist sehr bewußt, daß die jüdischen Siedlungen jegliche friedliche Lösung des Palästina-Konfliktes verhindern. So forderte der Palästinensiche Nationalrat im Sept. 1991, als eine der Vorbedingungen für die Teilnahme an der Nahost-Konferenz, die sofortige Einstellung des Siedlungsbaus und die Auflösung der bestehenden Siedlungen als eines der Hauptziele der Verhandlungen.
Daß die PLO-Führung diese Politik nicht konsequent weiterführte, erwies sich nun als tragischer Fehler.

Nahost-Arbeitskreis / AStA TU

Unliebsame ausgesperrt



BRANDENBURG. Im Flüchtlingsheim Brand pflegten Mitglieder antirassitischer Initiativen engen Kontakt mit den dort lebenden Flüchtlingen. Mit dem Asylleistungsgesetz kam der Bruch seitens der Heimleitung: BesucherInnen und Presse müssen draußen bleiben!

Auf einem ehemaligen sowjetischen Truppenübungsgelände in der Nähe von Lübben in der Niederlausitz sind über 300 Flüchtlinge untergebracht. Vor über einem Jahr hatten Mitglieder antirassistischer Initiativen aus Berlin Kontakt mit den BewohnerInnen aufgenommen. Neben dem Schutz gegen rassistische Angriffe unterstützten sie die Flüchtlinge vor allem in sozialen Belangen und bei Problemen mit Behörden.

Doch am 2. Februar 1993 wurden diese Kontakte abrupt unterbrochen. Als die UnterstützerInnen das Flüchtlingsheim betreten wollten, wurde ihnen vom Leiter Heinrich ohne Begründung mitgeteilt, daß sie ab sofort Hausverbot hätten. Der Wachschutz drohte mit der Polizei und einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Die so Ausgesperrten konnten nicht einmal die wartenden Flüchtlinge benachrichtigen.

Bis zum Zeitpunkt des Hausverbots gab sich Heinrich gegenüber den BesucherInnen betont kooperativ. Doch mit den Verschärfungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen änderte sich dies. Das seit November 1993 gülti- [illegible] gesetz gibt beispielsweise bei der medizinischen Versorgung der Kostenminimierung oberste Priorität. Konkret werden schmerzstillende Medikamente einer Operation vorgezogen. Auf dringend notwendige Brillen oder Zahnersatz müssen die Flüchtlinge meist verzichten.

Eine weitere Quelle großer Unzufriedenheit sind die Warengutscheine, die die Flüchtlinge statt Geld ausgehändigt bekommen. Dadurch sind sie gezwungen, im lagereigenen Supermarkt einzukaufen, wo die Waren nach verschiedenen Aussagen von Flüchtlingen überteuert sind. Das Verfallsdatum von Lebensmitteln ist nicht selten abgelaufen. Neben den Gutscheinen erhalten die Flüchtlinge nach Abzug der »Hildebrandt-Steuer« nur noch 80 Mark Bargeld. Diese auf Initiative der brandenburgischen Sozialministerin erhobene Energiepauschale von 60 DM für Strom und Wasser wird monatlich abgezogen – obwohl es in Brand täglich nur zwei Stunden warmes Wasser gibt.

Gegen die Ausgabe der Gutscheine regte sich auch in Brand Widerstand. Die antirassistische Gruppe sieht hier [illegible] verbot. Nachdem sich feste Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen gebildet hatten, verständigten sie sich auf einen gemeinsamen Forderungskatalog, unter anderem nach Freizeitmöglichkeiten im Heim, besseren Verkehrsverbindungen, einem ausreichenden Angebot von Deutschkursen und Bereitstellen von DolmetscherInnen. Durch das Hausverbot ist der gemeinsame Austausch über diese Forderungen und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten vorerst verhindert worden.

Daß der Heimleiter kein Entgegenkommen zeigt, verdeutlichte er am letzten Mittwoch. Gemeinsam mit Pressevertretern wollten die Ausgesperrten über die Gründe für diese rigide Maßnahme reden. Doch Heinrich blieb stur. Er sei nicht bereit, mit der Presse zu reden, ließ er über Funktelefon ausrichten. Auch PressevertreterInnen kämen nur noch mit einer Genehmigung des Landratsamtes ins Heim. Das freilich meinte, daß es keine Gründe gäbe, die bisherige Praxis, PressevertreterInnen ohne Voranmeldung ins Heim zu lassen, zu ändern. Doch auch das interessierte Heinrich nicht. Ein Wachmann erklärte auf die Frage, wer überhaupt ins Heim gelange: nur der, der dazu befugt ist. Die Flüchtlinge haben da nichts zu sagen.

Wie sagten doch führende CDU-Vertreter während der Debatte um die faktische Abschaffung des Asylrechts: Es gehe darum, den Flüchtlingen den Aufenthalt in der BRD so ungemütlich wie möglich zu machen.

Peter Nowak

Junge Welt · 1.3.94



Kein Fußballländerspiel am 2o. April!
Keine Plattform für FaschistInnen!

Das Berlinweite Vorbereitungstreffen hat sich am o6. März zu einem Bündnis gegen das Länderspiel formiert. Näxtes Treffen ist wieder am Sonntag:

13. März, 19 Uhr, Kirche von Unten, Kremmener Str. 9
(U-Bhf. Bernauer o. Eberswalder/Dimitroff)

Es haben sich fünf Arbeitsgruppen gebildet. Eine Bündniserklärung liegt an den üblichen Stellen aus.



ErstunterzeichnerInnen am o6. März:

AG Schutzwachen; Alternative Linke; Antifa-Café Wedding; Antifa-Kieztreff 61; Antirassistische Fan-Koordination (A.F.F.I., Fanladen Anstoss, Fußballcafé Linksaussen, Marathon o2-Fans gegen Rechts, St. Pauli Fanclub Berlin "Das zweite Bein muß mit", Türkiyemspor Fanclub Kreuzberg); AIM (Antifaschistische Initiative Moabit); AOK; Babylonia eV.; Berliner Linke, Cuba Libre FC(B); Clash-Kneipe im Wedding; Devrimci Kurdistan Komitesi Berlin; Die Unregierbaren/Autonome Liste (B); FreundInnen Irland; GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus; Humanistische Union LV Berlin; Kurdistan AG-ASTA FU; Marchstraße; Ökologische Linke Berlin; PDS LV Berlin; PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus; SOS Rassismus Berlin eV.

Termine:

12. März 11.3o Uhr Demo (Rotes Rathaus)
13. März 19 Uhr Bündnistreffen
19. März Frühsport in Mitte
Ostern oder so Antifa-Fußballturnier

o9. April Bündniddemo als Autakt zu Aktionswochen
14./15. April Ausstellung Hoffmann & Hitler, Dt. H. Museum
17. April Antirassistisches Stadionfest bei Türkiyemspor
18. April Veranstaltung Fußball und Rassismus

2o. April MigrantInnen-Demo

und vieles mehr...

Kinderbauernhof Mauerplatz

Seit 1. Januar 1994 wurde die **Senatsförderung für den Kinderbauernhof Mauerplatz gestrichen.**

- Wir arbeiten weiter !

auch wenn es unter dem politischen und finanziellen Druck schwierig ist, die Qualität der Arbeit aufrechtzuerhalten,

weil wir meinen, daß der Kinderbauernhof bleiben muß.

Wenn neben einer zusätzlichen Kita noch eine Schule gebaut werden soll, dann nicht auf einem Gelände,daß seit 13 Jahren von Kindern genutzt wird.

Der Kinderbauernhof ist ein offener Lernort für Menschen aller Altersgruppen und Nationalitäten über Bezirksgrenzen hinweg.

Würde er zugebaut,bliebe für viele Kids die Straße, Drogen, Gewalt, Rassismus....

Dank Eurer Hilfe

konnten wir über den Jahreswechsel 10.000,-DM auf dem Spendenkonto verbuchen!

Davon haben wir eine Erzieherin 2 Monate bezahlt und die Tiere gefüttert.

Wir brauchen dringendst Hilfe, um die jährlichen Grundkosten für

Strom (600,-DM)
Wasser (2700,-DM)
Müll (2500,-DM)
Versicherung (1000,-DM)
Futter (5000,-DM)
also insgesamt ca 12.000,-DM jährlich aufzubringen

Spendet regelmäßig !

Helft uns, regelmäßige SpenderInnen zu finden !

Unterstützt den Bauernhof durch tatkräftige Hilfe !

Ideen und Initiative und Daueraufträge sind gefragt !

Nähere Informationen auf dem Platz oder bis auf weiteres jeden Freitag 21 Uhr im Heile-Haus, Waldemarstraße 36, Seitenflügel

Spendenkonto: Kinderbauernhof am Mauerplatz e.V.
Postgirokonto Nr.:108 563-101 , BLZ 100 100 10

Der Verein Kinderbauernhof am Mauerplatz e.V. ist als gemeinnützig anerkannt.
Kinderbauernhof am Mauerplatz e.V., Leuschnerdamm 9, 10999 Berlin

Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel und der BUKO

LADEN EIN ZUR AKTIONSKONFERENZ

zwecks

Vorbereitung von Gegenkongreß, Großdemonstration und Aktionstagen anläßlich des Treffen des Europäischen Rates in Essen

am Samstag den 16.April 1994 von 11[30] - 18[00]

in der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die Ehre zuteil, diesen Festakt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähten Medienspektakel auszutragen. Der Essener Gipfel beschäftigt sich im wesentlichen mit einem angeblichen "Beschäftigungsförderungsprogramm", dem Beitritt von Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland sowie den Beitrittsoptionen von Tschechien, der Slowakei, Polens und Ungarns.

Neben den Europawahlen ist dieser Gipfel die zweite große Gelegenheit unsere Kritik am EU-Prozeß einer breiten Öffentlichkeit kundzutun und unseren Protest auf die Straße zu tragen. *Die Gelegenheit die unsoziale, neokoloniale und chauvinistische Politik der EU zu thematisieren, war noch nie so günstig wie 1994. Deshalb dürfen wir diese Ereignisse nicht ungenutzt vorübergehen lassen.*

Mit dem Essener-EU-Gipfel soll ein weiterer Schritt der EU-Formierung abgeschlossen werden. Mit dem "Projekt Binnenmarkt 1992" forciert die EU schon jetzt ihren Ausbau zur imperialistischen Weltmacht in Konkurrenz zu den USA und zu Japan. Die Grenzen innerhalb der EU fallen für das Kapital, für die Menschen jedoch nur insoweit, als es für den Arbeitskräfte-Nachschub unabdingbar ist. Gegen die Opfer der neokolonialen Politik der "Ersten" Welt, gegen die Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aus der "Dritten" Welt, verbarrikadiert sich die EU zur Festung.

In der Region Essen hat sich schon ein Bündniskreis zur Vorbereitung eines Gegenkongresses, einer Anti-EU-Demonstration sowie zu Aktionen zum Begleitmedienspektakel der Stadt Essen zusammengefunden. Dieses regionale Bündnis allein ist jedoch zu schwach, um solche großangelegten Aktivitäten unsererseits vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen. Deshalb kommt es darauf an, *daß alle, die eine kritische Position zur EU-Politik haben, bis jetzt aber nicht wußten, wo sie diesen Protest loslassen sollten, zur Aktionskonferenz kommen, um die Gegenaktivitäten zum EU-Gipfel zu unterstützen.*

Auf der Aktionskonferenz soll etwa der Rahmen eines Gegenkongresses oder die Ausrichtung der Großdemonstration andiskutiert werden. Zu beidem müssen bundesweite Trägerkreise gebildet werden.

Kontakt in Essen: Stadtteilbüro der Zeche Carl (s.o.) Tel. 0 2 0 1 - 8 3 4 4 4 1 6

Nordirland

Von "Friedensstiftern" und "ethnischen Säuberungen"

In letzter Zeit war auch in den BRD-Medien Irland etwas mehr Thema als gewohnt. Denn seit dem Anschlag der IRA auf das Hauptquartier der loyalistischen Todesschwadrone der UDA (Ulster Defence Association) im Oktober 1993, bei dem 10 Menschen um's Leben kamen, ist etwas Bewegung in die "Nordirland-Politik" gekommen. Das ist zynisch, aber eine Tatsache, denn zuvor wurde von Seiten der britischen und südirischen Regierung der Krieg im Norden Irlands behandelt wie gewohnt: es wurde versucht, ihn militärisch einzudämmen. Auch die Friedensinitiative des Sinn Féin-Präsidenten Gerry Adams und des Vorsitzenden der gemäßigten SDLP (Social Democratic and Labour Party) John Hume erhielt vor diesem Anschlag eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit in den Medien.

Seitdem ist von allen möglichen Seiten viel an öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten entfaltet worden, eine politische Entwicklung hin zu einem Friedensprozeß ist jedoch zur Zeit nicht erkennbar.

Sowohl in den britischen, und erst recht in den BRD-Medien werden in diesem Zusammenhang immer und immer wieder zahlreiche Legenden verbraten, die wir im folgenden etwas näher beleuchten wollen. Teilweise werden sie nicht direkt so formuliert, sondern schwingen in der Berichterstattung mit. Sie greifen mehr oder minder ineinander und bedingen sich wechselseitig.

Legende Nummer 1: "Wenn die britischen Truppen aus dem Norden Irlands abziehen, gibt es ein Blutbad".

Hierbei handelt es sich schon nahezu um einen "Klassiker", der primär zwei Funktionen hat: zum einen soll der Konflikt im Norden Irlands nicht als Resultat des britischen Kolonialismus erkenntlich werden, sondern als Konflikt zwischen zwei sich gegenseitig bekriegenden Bevölkerungsgruppen. Im Zusammenhang mit dem in Britannien verbreiteten anti-irischen Rassismus wird hier das Bild der "sich bekriegenden Wilden" angesprochen, die mensch ohnehin nicht verstehen kann. Die Darstellung des Krieges im Norden Irlands als "Religionskrieg" soll hierin den Zweck erfüllen, die beiden Bevölkerungsgruppen als anachronistisch aufeinander einschlagende religiöse FanatikerInnen darzustellen.

Zum zweiten dient die Blutbad-Legende dazu, die britischen Truppen im Norden Irlands als "Friedensstifter" hinzustellen, die angeblich versuchen, eben genau diese "sich bekriegenden Wilden" auseinanderzuhalten. Die britischen Truppen als "Pig in the middle", als die armene Schweine, die die zwei "verfeindeten Bevölkerungsgruppen" auseinanderzuhalten versuchen.

Die loyalistischen Organisationen (siehe Kasten) arbeiten auch gerne mit der Blutbad-Legende, um jegliche politische Veränderungen hin zu einem Abzug britischer Truppen oder zu einer Wiedervereinigung Irlands zu torpedieren. Ein Beispiel hierfür sind die im Januar diesen Jahres bekannt gewordenen Pläne der UDA. Darin wird ein Vorgehen der UDA für den Fall entwickelt, daß die britische Armee aus dem Norden Irlands abgezogen wird oder es Schritte hin zu einem wiedervereinigten Irland gibt. Die Pläne gehen davon aus, daß in einem solchen Fall große Teile der Grafschaften Fermanagh und Armagh für LoyalistInnen nicht "zu halten" sein werden. Sie werden in den Plänen als "Irisches Ulster" bezeichnet und sollen aus einem loyalistisch-unionistisch kontrollierten "Britischen Ulster" ausgeschlossen werden.[1] Es geht somit um eine neue Teilung Irlands.

Weite Teile der Grafschaft Tyrone und Teile der Grafschaft Derry sind in den Karten als "ethnisch gesäubert"[2] gekennzeichnet.

In dem Abschnitt "Was machen wir mit diesen Leuten" (gemeint sind KatholikInnen) werden mit kalter Brutalität drei Optionen diskutiert:

Als erstes wird eine "Vertreibung"[3] der KatholikInnen erwähnt. Als zweite Möglichkeit wird die "Internierung" von KatholikInnen und schließlich als dritte Option die "Vernichtung"[4] genannt. Letztere wird beschrieben als: "wiederum schwierig, aber reduziert die Nahrungsmittelnachfrage, und wenn alle zusammengetrieben werden können, könnte der Vorgang in 1-2 Wochen beendet sein".[5]

Diese Pläne sind eingebettet in eine Androhung eines "Bürgerkrieges" und sind im Zusammenhang mit den laufenden Auseinandersetzungen um einen Friedensprozeß zu sehen. Somit sind diese Pläne primär als taktisches Mittel zu sehen, um Druck gegen eine politische Lösung, die den Interessen der LoyalistInnen/UnionistInnen zuwider läuft, zu erzeugen. Andererseits sind diese Pläne Ausdruck der unionistisch-loyalistischen Ideologie. In diesem Zusammenhang ist es wichtig sich klarzumachen, daß der Loyalismus eine Überlegenheitsideologie ist.[6]

Der irische Republikanismus hingegen steht für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle. Die Forderung Sinn Féins in den laufenden Auseinandersetzungen um einen Friedensprozeß nach einer Amnestie aller politischen Gefangenen beispielsweise geht davon aus, daß alle Gefangenen Produkte des Konflikts sind. Konsequenterweise bezieht sich diese Forderung sowohl auf republikanische als auch auf loyalistische Gefangene. (Die britische Regierung lehnte diese Forderung ab.)

Während beispielsweise Schwule und Lesben auf republikanischen Demos teilnehmen und die Unterdrückung von Schwulen und Lesben innerhalb der republikanischen Bewegung diskutiert wird, hetzen unionistisch-loyalistische Politiker genau aus dem Grund, daß Schwule und Lesben auf diesen Demos vertreten sind, gegen die republikanische Bewegung.

Und während die republikanische Bewegung den Rassismus gegen "Travellers" auch innerhalb der eigenen

Strukturen erkennt und versucht ihn anzugehen, hetzen unionistisch-loyalistische Politiker von der Sorte eines Frank Millar gegen "Travellers" und fordern ihre Verbrennung (siehe Kasten).

davon Erfolg versprechen, ob sie also meinen, durch solche Terroraktionen eine politische Entwicklung aufhalten zu können. Hier ist von britischer Seite eine klare Entscheidung zu fordern, die unmißverständlich klar-

Veränderungen innerhalb des unionistisch-loyalistischen Lagers

Als wichtigste loyalistische Todesschwadrone sind die UDA (Ulster Defence Association) und die UVF (Ulster Volunteer Force) zu nennen. Hierbei handelt es sich um Organisationen, die historisch für einen Verbleib des Nordens im Vereinigten Königreich eingetreten sind. Seit dem Hillsborough-Abkommen von 1985 jedoch, in dem vor allem eine verstärkte sicherheitstechnische Zusammenarbeit von britischer und südirischer Seite gegen die IRA vereinbart wurde, sehen sich die LoyalistInnen mehr und mehr von der britischen Regierung "verraten" - wie sie es nennen. Sie meinen, der südirischen Regierung würde ein "zu großes Mitspracherecht in nordirischen Angelegenheiten" eingeräumt.

In diesem Zusammenhang haben Strömungen innerhalb der LoyalistInnen Aufwind erhalten, die nicht mehr die Abhängigkeit von der britischen Politik hinnehmen wollen, sondern verstärkt auf eine "interne Lösung" setzen. Das heißt, sie bereiten sich auf einen Abzug der britischen Armee aus dem Norden Irlands vor. Für sie geht es primär darum, in diesem Fall eine Wieder[illegible]igung Irlands zu verhindern. Diese Politik [illegible] von der [illegible] gegründeten "Ulster Resistance" vertreten. In dieser Organisation sind neben Mitgliedern der Todesschwadrone, unionistisch-loyalistischen Geschäftsleuten, PolitikerInnen[1], AnwältInnen usw. auch Angehörige der nordirischen Polizei RUC (Royal Ulster Constabulary) und Angehörige der nordirischen Einheit der britischen Armee RIR (Royal Irish Regiment, ehemals UDR, Ulster Defence Regiment) organisiert. Neben anderen Organisationen steht auch "Ulster "resistance" -im Falle eines Rückzugs Britanniens aus [illegible] Angelegenheiten- für eine Politik in Richtung [illegible]ngigen Nordirlands. Hierbei gibt es verschiedene Var[illegible]ten. Diese unterscheiden sich beispielsweise hinsichtlich des Abkopplungsprozesses von Britannien und dem Maß der Unabhängigkeit.

Bestrebungen hin zu einem unabhängigen Nordirland hatte es innerhalb der UDA bereits seit Ende der 70er Jahre gegeben, die aber von loyalistisch-unionistischen Politikern nicht wesentlich unterstützt wurde. Heute scheint diese Variante mehr Unterstützung zu erhalten, da innerhalb des unionistisch-loyalistischen Lagers immer mehr Menschen sich nicht länger auf die britische Politik verlassen wollen.

Auch die "Democratic Unionist Party" (DUP) des fanatischen rechten Predigers Ian Paisley möchte gerne eine nordirische Versammlung mit eingebauter unionistisch-loyalistischer Mehrheit haben - was sie dann "Friedensvorschlag" nennt. Ihr Pressesprecher Wilson, der immerhin mal Bürgermeister von Belfast war, sagte, die Pläne seien "eine begrüßenswerte Rückkehr auf den Boden der Tatsachen".[2]

Für einige wäre die Einrichtung eines nordirischen Parlaments vorstellbar, wie es bis 1972 existierte. Dieses "protestantische Parlament für eine protestantische Bevölkerung", wie unionistische Politiker es nannten, war der institutionelle Ausdruck loyalistischer Ideologie, die KatholikInnen als "minderwertig" ansah und -sieht. Gegen KatholikInnen wurde (und wird) bei der Arbeitsplatz- und Wohnungsvergabe diskriminiert, das Wahlrecht war an Besitz gebunden und die Wahlkreiseinteilung zudem so manipuliert, daß unionistische Abgeordnete auch in Wahlkreisen die Mehrheit stellten, in denen die Bevölkerung mehrheitlich katholisch-nationalistisch war.[3]

Die loyalistische Überlegenheitsideologie schließt aber auch die Vernichtung von anderen Bevölkerungsgruppen nicht explizit aus. Der unionistische Abgeordnete im Belfaster Stadtparlament Frank Millar beispielsweise verlieh seinem rassistischen Vernichtungswillen in Bezug auf Irlands Fahrende, die Travellers, Ausdruck: "Fahrende (im Original: Itinerants, ein diskriminierender Ausdruck für die irischen Travellers) sind Abfall. Der einzige Ort für Abfall ist der Verbrennungsofen. Die städtische Anlage in der Duncrue Street ist sehr unausgelastet."[4]

Keine/r der unionistischen Abgeordneten hat derlei Aussagen verurteilt.

Anmerkungen (Kasten):

[1] Z.B. DUP-Vizechef (hinter Paisley) Peter Robinson.

[2] Zitiert nach: Taz, 19.1.1994.

[3] Diese Praxis der Wahlkreismanipulation war bekannt als "gerrymandering".

[4] Zitiert nach: Máirtín Ó Muilleoir: "Belfast City Council. A Bastion of Bigotry", Sinn Féin, Belfast o.J.

Diese grundsätzlichen Unterschiede zwischen Loyalismus und Republikanismus ließen sich noch sehr viel weiter ausführen und sind bei einer Betrachtung der Entwicklung zu berücksichtigen.

Zum sogenannten "Blutbad" läßt sich ferner festhalten, daß es dieses "Blutbad" seit 25 Jahren im Norden Irlands gibt. Über 3.000 Tote hat der Krieg bisher gefordert, d.h. umgerechnet auf die BRD über 160.000 Tote in 25 Jahren oder über 6.400 Tote jährlich oder über 530 Tote monatlich.[7]

In wieweit loyalistische Todesschwadrone im Falle eines Abzugs britischer Truppen ihre sektiererischen[8] Morde intensivieren, wird u.a. davon abhängen, ob sie sich macht, daß die Entwicklung nicht aufzuhalten ist. Ferner hat die britische Regierung dafür zu sorgen, daß die von ihr maßgeblich mitaufgebaute paramilitärische Polizei RUC entwaffnet wird. Wenn den LoyalistInnen klar ist, daß sie auf keine Rückendeckung der Armee und/oder Polizei hoffen können, werden sie sich auch an den Verhandlungstisch setzen. Der von ihnen angedrohte "Bürgerkrieg", das viel zitierte "Blutbad" würde letztendlich auch ihre Existenz zerstören und das wissen sie.

Es ist bei der "Blutbad"-Legende auch zu berücksichtigen, daß es die über 3.000 Toten seit dem Einmarsch der britischen Truppen im Norden Irlands 1969 gege-

ben hat und nicht davor. Dies widerlegt zum einen, daß die "beiden verfeindeten Bevölkerungsgruppen" nicht neben- oder auch miteinander leben können. Zum anderen widerlegt es, daß die britischen Truppen "Friedensstifter" seien.

Dietrich Schulze-Marmeling und Ralf Sotschek schreiben in ihrem Buch "Der lange Krieg" zur "Blutbadthese":

"Während auf Seiten der republikanischen Paramilitärs ohnehin keine Pläne existieren, in protestantische Gebiete einzumarschieren, widerspricht auch die Geschichte protestantischer Militanz der Annahme, die Protestanten würden nach einem britischen Rückzug zur Entscheidungsschlacht ausholen. Ihre Militanz war immer dann am größten, wenn sie das britische Establishment und seine Armee hinter sich wußten. Dagegen haben die Loyalisten sowohl den Sturz des Stormont Systems als auch das anglo-irische Abkommen letztlich hingenommen. In beiden Fällen wurde mit der Möglichkeit einer offenen Schlacht kokettiert, ohne daß es tatsächlich dazu kam. Zwar läßt sich seit der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens eine signifikante Zunahme sektiererischer Morde feststellen, doch kann von einem Blutbad kaum die Rede sein. Die protestantische Bürgerkriegsdrohung basiert letztlich darauf, daß sie noch niemals ernsthaft auf die Probe gestellt wurde."[9]

Legende Nummer 2: "Die Gewalt loyalistischer Todesschwadrone ist eine Reaktion auf die Gewalt der IRA".

Diese Sichtweise ist historisch falsch, denn der loyalistische Terror entstand innerhalb des jüngeren Nordirlandkonfliktes als Antwort auf politische Forderungen und zu einem Zeitpunkt, als es die IRA faktisch nicht gab. Das Kürzel IRA stand zu diesem Zeitpunkt für "I Run Away" - "Ich laufe weg". LoyalistInnen griffen bereits ab 1966 katholische ZivilistInnen an, ermordeten diese und gingen 1968/69 gegen die gemäßigte BürgerInnenrechtsbewegung vor. Zur selben Zeit führten sie Pogrome gegen die katholische Bevölkerung durch. Ganze Straßenzüge in Belfast wurden mit Brandbomben attackiert, die BewohnerInnen mußten fliehen. Zwischen Juli und September 1969 wurden 1500 katholische Familien aus ihren Häusern vertrieben (was umgerechnet auf die BRD etwa 75.000 Familien entspricht). Diese Angriffe wurden gegen Menschen durchgeführt, die ihre BürgerInnenrechte einforderten, beispielsweise das nicht an Besitz gebundene Wahlrecht.

Loyalistischer Terror war immer ein Mittel gegen politische Veränderungen.

Deutlich wird dies auch daran, daß die loyalistischen Todesschwadrone immer dann sehr viel mehr KatholikInnen ermordeten, als die IRA sich im Waffenstillstand (1972 und 1975) befand. Die LoyalistInnen meinten, die IRA hätte für einen Waffenstillstand Zugeständnisse erhalten, und griffen unbeteiligte KatholikInnen an, um gegen mögliche politische Veränderungen Druck zu machen. Würde es sich bei dem loyalistischen Terror um eine "Reaktion" auf IRA-Aktionen handeln, dann müßten die sektiererischen Morde durch LoyalistInnen während solcher Waffenstillstände zurückgehen. Das Gegenteil war der Fall.

Ähnlich verhielt es sich 1974 mit dem sogenannten "Sunningdale-Abkommen" zwischen britischer, südirischer Regierung und einigen nordirischen Parteien. Am 16. Mai 1974 warnte der unionistische Politiker William Craig, es würde Aktionen gegen den Süden Irlands geben, wenn das Abkommen nicht aufgehoben würde. Einen Tag später detonierten in 2 südirischen Städten zur Hauptverkehrszeit und ohne Warnung mehrere Autobomben der UDA. 33 Menschen kamen dabei um's Leben. Derlei terroristische Aktionen haben nichts mit der IRA zu tun und werden in der hiesigen Berichterstattung nicht nur zufällig unterschlagen.

Auch in den aktuellen Auseinandersetzungen droht die UDA, den Süden Irlands anzugreifen, wenn die südirische Regierung sich weiterhin "einmischt". In einem Interview mit der Zeitung "Hot Press" vom 17. November 1993 sprachen Mitglieder der UDA erneut Drohungen gegen den Süden aus. Im Januar 1994 wurden in mehreren südirischen Städten Geschäfte von LoyalistInnen mit Brandbomben attackiert und erklärt, dies sei erst der Anfang. Ferner gab es seitens der LoyalistInnen mehrere Briefbombenanschläge.

Der loyalistische Terror war für die britischen Interessen immer funktional. Das Ausnutzen solcher Gruppierungen wurde theoretisch von dem Chefideologen der britischen Aufstandsbekämpfung, Frank Kitson, bereits in den 60er Jahren auf Basis der Erfahrungen gegen andere anti-koloniale Befreiungsbewegungen entwickelt.[10] Über die Jahre hat die britische Regierung bzw. Armee Einfluß auf die Aktionen loyalistischer Todesschwadrone genommen. Brian Nelson beispielsweise war über mehrere Jahre Geheimdienstoffizier der UDA und gleichzeitig Agent des Geheimdienstes der britischen Armee. Mit seiner Hilfe und mit Wissen des britischen Armeegeheimdienstes bekamen die loyalistischen Todesschwadrone im Januar 1988 zahlreiche Waffen aus Südafrika, mit denen seitdem zahlreiche KatholikInnen/NationalistInnen ermordet wurden.[11]

Die loyalistischen Todesschwadrone erhalten von der Armee und vor allem von der nordirischen Polizei RUC sowie dem RIR (siehe Kasten) detailierte Informationen über NationalistInnen und RepublikanerInnen, was erneut in einem kürzlich veröffentlichten Bericht von Amnesty International festgestellt wurde. Auf Grundlage dieser Informationen führen sie ihre Aktionen durch. In der sogenannten "Inner Force", einer Struktur innerhalb von "Ulster Resistance" (siehe Kasten), planen RUC-Angehörige und Mitglieder der Todesschwadrone gemeinsame Ermordungen von NationalistInnen, RepublikanerInnen und anderen politisch unliebsamen Menschen. In diesem Gremium wurde beispielsweise auch die Erschießung des Belfaster Anwalts Pat Finucane geplant.

Zudem ist die britische Regierung bei Parlamentsabstimmungen von den Stimmen der nordirischen UnionistInnen abhängig, da sie sich nicht auf alle ihre Abgeordneten verlassen kann. Als Konzession für die Zustimmung zu den Maastrichter Verträgen durch die UnionistInnen wurde beispielsweise eine Einreiseverbot für

Gerry Adams nach Britannien ausgesprochen.

Legende Nummer 3: "Die IRA ist die Ursache des Konflikts in Nordirland und trägt die Schuld daran, daß kein Frieden zustande kommt".

Die IRA entstand im Rahmen des Unabhängigkeitskrieges gegen den britischen Kolonialismus 1919. Nach dem Teilungsvertrag 1921/22 folgte ein Krieg zwischen VertragsbefürworterInnen und VertragsgegnerInnen. Mit der Niederlage der republikanischen VertragsgegnerInnen war auch die IRA, die mehrheitlich gegen den Vertrag gestimmt hatte, geschlagen. Mit Ausnahme der erfolglosen "Border Campaign" 1956-1962 gab es bis Anfang der 70er Jahre keine bedeutenden IRA-Aktionen.

Erst Anfang der 70er Jahre entstand die IRA erneut und zwar aus der Notwendigkeit heraus, die katholisch-nationalistischen Gebiete gegen Pogrome und Angriffe von LoyalistInnen/UnionistInnen und Polizei zu verteidigen. "We need guns not stones" ("Wir brauchen keine Steine, sondern Gewehre") war damals ein Slogan an den Häuserwänden. Die IRA entstand, als die gemäßigte BürgerInnenrechtsbewegung LoyalistInnen und paramilitärischen staatlichen Truppen von den Straßen geprügelt worden war, als sich gezeigt hatte, daß der nordirische Staat nicht reformierbar und zu keinerlei "demokratischen Zugeständnissen" an die diskriminierte katholische Bevölkerung bereit war.

Gerade in letzter Zeit wird in den Medien eine Darstellung verbreitet, die davon ausgeht, daß alles von der IRA abhängt und sie "Schuld" sei, wenn es zu keinem Frieden kommt. Es wird weder die loyalistische Politik noch die der britischen Regierung als Problem benannt.

Die britische Regierung blockiert aktiv Entwicklungen hin zu einem Friedensprozeß, indem sie sich weigert, mit Sinn Féin-VertreterInnen (zumindest offiziell) zu reden. Der britische Premierminister Major und sein südirischer Amtskollege Reynolds legten am 15. Dezember letzten Jahres eine inhaltsleere Erklärung vor. Die britische Regierung ist nicht einmal zu Klärungen bezüglich des Inhalts bereit. Ein solches Vorgehen (Hier ist unsere Erklärung, nehmt sie an oder alles bleibt wie es ist) kann keine politische Lösung bringen.

Bei dieser Erklärung handelt es sich primär um Propaganda. Bis Mitte Dezember waren die Medien voll von Berichten zur Friedensinitiative von Adams und Hume (Sinn Féin/SDLP). Durch die Erklärung wurde versucht, diese Initiative aus den Medien rauszukriegen und die britische Regierung wollte damit den Anschein erwekken, als wolle auch sie "Frieden". Seitdem sind insbesondere auch in der BRD die Medien vor allem mit dieser bedeutungslosen Erklärung beschäftigt.

Bernadette McAliskey schreibt unter dem Titel "Wir, am Rande des Friedens? Lächerlich!" zu dieser Erklärung:
"Ich lehne die »Gemeinsame Erklärung« der Regierungen von Großbritannien und Irland ab. Sie leistet keinerlei positiven Beitrag zu Irlands »Britischem Problem« und bietet deshalb keine realistische Chance, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen."
und
"Diese Beleidigung braucht keine Klarstellung. Ich weise sie zurück. Ich werde bei diesem Spiel nicht mitmachen. Hol' der Teufel Eure Konzessionen - ich bin ein menschliches Wesen und habe Anspruch auf Würde, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden - genau in dieser Reihenfolge. Nichts davon bringt die »Gemeinsame Erklärung«."[12]

Teil dieser Propagandaoffensive, die nicht zufällig kurz vor Weihnachten gestartet wurde, war auch, daß die "Hoffnung" ausgedrückt wurde, die IRA würde ihren traditionellen, dreitägigen Waffenstillstand über die Weihnachtstage darüber hinaus verlängern. Wer diese "Hoffnung" gehegt hat, stand in keiner Zeitung zu lesen. Die britische Regierung weiß, daß die IRA für den Beschluß eines Waffenstillstandes eine sogenannte "Armeeversammlung" einberufen muß, und daß dies nicht innerhalb von 8 Tagen möglich ist. Niemand, der oder die sich ein wenig in der Materie auskennt, konnte ernsthaft mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes rechnen. Einziges Ziel dieser Propagandaübung war es, die IRA unter Druck zu setzen und sie als "das Problem" hinzustellen.

Pünktlich zum Ende des von ihr einseitig ausgerufenen Waffenstillstandes griff die IRA verschiedene Armee- und Polizeieinrichtungen an.

Die IRA wird zudem nicht ohne weiteres einen Waffenstillstand eingehen, damit Sinn Féin an "Gesprächen" teilnehmen "darf". Beim Waffenstillstand 1975 nutzte die britische Armee die relativ ruhige Zeit, um ihren Geheimdienst völlig neu zu strukturieren und die IRA militärisch zu "besiegen". Das ist ihnen nicht gelungen, aber die IRA wird ihre Lehren gezogen haben.

Zudem ist völlig unklar, was in diesen "Gesprächen" überhaupt laufen soll. Die 1988 begonnen "Gespräche" unter Ausschluß von Sinn Féin verliefen ohne Ergebnis im Sande. Sie erhielten den Spitznamen "Talks about talks" ("Gespräche über Gespräche"), weil sich im wesentlichen darüber gestritten wurde, wo die eigentlichen "Gespräche" stattfinden sollen, wer daran teilnehmen darf usw.

Die "Gemeinsame Erklärung" enthält keinerlei Vorstellungen, wie allein solch banal erscheinende Schwierigkeiten in einer eventuell folgenden "Gesprächsrunde" gelöst werden sollen.

Legende Nummer 4: "Sinn Féin darf an Verhandlungen nicht teilnehmen, weil sie sich nicht von der Gewalt der IRA distanziert".

Der Ausschluß von Sinn Féin von eventuellen Gesprächen aufgrund ihrer "Nähe" zur IRA ist politisch motiviert und hat nichts mit der "Gewaltfrage" zu tun. Noch während der britische Premierminister Major tönte, er rede nicht mit "Terroristen" (gemeint sind Sinn Féin-VertreterInnen), wurde bekannt, daß die britische Regierung schon seit geraumer Zeit geheime Verhandlungen mit Sinn Féin-VertreterInnen führte. Zunächst wurde dies von der britischen Regierung noch dementiert, dann



wurde eine eigene Version von "Kontakten" aufgetischt und schließlich mußte auch diese korrigiert werden. Die britische Regierung schob dann "Übertragungsfehler" als Begründung für ihre sich ständig ändernden Aussagen vor. Im Januar hat Sinn Féin diese Verhandlungen endgültig öffentlich gemacht und u.a. Papiere vorgelegt, die beweisen, daß beide Seiten seit 1990 intensive Gespräche geführt haben und die britische Regierung Sinn Féin Geheimdokumente zukommen ließ, die nicht einmal dem Londoner Parlament bekannt waren.

Anfang der 70er Jahren verhandelte die britische Regierung direkt mit Vertretern der IRA, die z.T. extra für diese Gespräche aus dem Internierungslager Long Kesh geholt wurden.[13]

Zudem nahmen Vertreter der DUP (s.o.) immer an Gesprächen teil, obwohl sie bekanntermaßen enge Verbindungen zu loyalistischen Todesschwadronen unterhalten. Sinn Féin ist im Süden wie im Norden von Irland eine legale politische Partei, die an allen Gesprächen ohne Vorbedingungen zu beteiligen ist.

Die Adams-Hume-Initiative

Im September 1993 gaben der Sinn Féin-Präsident Gerry Adams und der Vorsitzende der SDLP, John Hume, bekannt, daß sie eine gemeinsame Friedensinitiative ausgearbeitet haben. Diese Initiative kann ein wichtiger Bestandteil in einem möglichen Friedensprozeß sein und wird von zahlreichen Personen und Organisationen unterstützt, bis hin zur Basis der südirischen Regierungspartei Fianna Fáil.

Gleichwohl besteht das Problem, daß bis heute der genaue Inhalt dieser Initiative der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, wobei es sich sicher um ein taktisches Manöver handelt.

Zudem handelt es sich um ein potentiell zerbrechliches "Bündnis": John Hume hat sich innerhalb der eigenen Partei (SDLP) weit vorgewagt, indem er sich mit Gerry Adams zusammensetzte. Denn auch bzw. gerade in der SDLP gibt es starke Tendenzen gegen Sinn Féin, die potentiell Konkurrentin bei Wahlen ist und zudem eine radikalere gesellschaftliche Entwicklung anvisiert. Noch hat John Hume die Unterstützung der Partei - sicher auch, weil die gemeinsame Initiative in einer relativ breiten Öffentlichkeit positiv aufgenommen wurde. Hume bzw. die SDLP konnten sich somit rühmen, "etwas für den Frieden" getan zu haben. Gleichzeitig ist davon auszugehen, daß stärker gegen Sinn Féin ausgerichtete Fraktionen innerhalb der Partei die Oberhand gewinnen werden, wenn die Initiative erfolglos ist oder nicht mehr die Unterstützung von so vielen Menschen erhält.

Gerry Adams hat sich ebenfalls weit vorgewagt: er bzw. die Parteispitze setzt auf das Vertrauen der eigenen Basis, denn diese kennt bis heute nicht den genauen Inhalt der Initiative, sondern kann nur spekulieren. Daß sie trotzdem die Adams-Hume-Initiative unterstützt, drückt etwas über das Vertrauen, das Gerry Adams entgegengebracht wird, aus. Gleichwohl handelt es sich um eine Gratwanderung zwischen dem "Verschlossenhalten" der Inhalte, das sicher politisch begründet ist, und der Unterstützung durch die eigene Basis, deren Geduld vermutlich auch nicht unendlich ist. Es ist sicher an der Zeit, die exakten Inhalte der Initiative offen zu machen. Für Sinn Féin besteht darüberhinaus die Gefahr, über die SDLP in eine Entwicklung integriert zu werden, aus der sie nur noch um den Preis einer enormen Isolation heraus finden kann. Sollte es in künftigen Verhandlungen, die Sinn Féin einbeziehen, zu Ergebnissen kommen, die für die SDLP -nicht aber für Sinn Féin- akzeptabel sind, so könnte Sinn Féin bei einer Absage an solche Ergebnisse als die Partei dargestellt werden, die einen Friedensprozeß verhindert.

Wenn es der britischen Regierung ernst ist mit einem Friedensprozeß, dann hat sie sofort und unverzüglich die Zensurgesetze gegen Sinn Féin, die deren VertreterInnen nicht direkt zu Wort kommen lassen, aufzuheben.

Der Süden Irlands hat im Januar die entsprechenden dort geltenden Zensurgesetze nicht verlängert, so daß Sinn Féin-VertreterInnen dort jetzt -wenngleich mit zahlreichen Beschränkungen- wenigstens teilweise sich in den Medien äußern können.

Anmerkungen:

[1] Ulster ist der Name für die 9 nördlichen Grafschaften Irlands, von denen 6 zu Nordirland gehören.

2 Im Original: "ethnic cleansed".

3 Im Original: "expulsion".

[4] Im Original: "nullification".

5 Im Original: "difficult again but reduces demands on food supplies and if all could be rounded up the process could be finished within 1-2 weeks." Alle Originalzitate aus den Plänen nach: The Guardian, 17.1.1994.

[6] Zu der loyalistischen Ideologie, zur Verbindung Protestantismus und Unionismus/Loyalismus sowie zum sektiererischen Charakter des nordirischen Staates von 1922-1972, siehe: Dietrich Schulze-Marmeling: "Nordirland. Republikanismus und Sozialismus, isp-Verlag, Frankfurt 1986.

Dietrich Schulze-Marmeling: "Die gescheiterte Modernisierung", Wurf-Verlag, Münster 1986.

Dietrich Schulze-Marmeling und Ralf Sotschek: "Der lange Krieg. Macht und Menschen in Nordirland", Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1989.

Michael Farrell: "Northern Ireland. The Orange State", Pluto Press, London 1992.

[7] Die Bevölkerung Nordirlands mit 1,5 und die der BRD mit 80 Millionen angenommen.

[8] Zum Begriff "sektiererisch" im nordirischen Kontext, siehe: Dietrich Schulze-Marmeling: "Nordirland. Republikanismus und Sozialismus, isp-Verlag, Frankfurt 1986.

[9] Dietrich Schulze-Marmeling und Ralf Sotschek: "Der lange Krieg. Macht und Menschen in Nordirland", Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1989.

[10] Zu Kitson und der Entwicklung der britischen Aufstandsbekämpfung, siehe: Roger Faligot: "Britain's Military Strategy in Ireland. The Kitson Experiment", Zed Press/Brandon Book, London/Dingle 1983.

[11] Zu Nelson, siehe: N.N.: "British Intelligence. Brian Nelson & the Rearming of the Loyalist Death Squads", o.O., o.J.

Diese Broschüre kann gegen 3 DM in Briefmarken von uns in Kopie bezogen werden.

[12] Zitiert nach: Taz, 11.1.1994. Zur Biographie von Bernadette, siehe: Dietrich Schulze-Marmeling und Ralf Sotschek: "Der lange Krieg. Macht und Menschen in Nordirland", Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1989.

[13] Gerry Adams war einer von ihnen.

Mehrere Verletzte bei Krawallen in Potsdam

Polizei räumt Fehler bei Vorgehen gegen Hausbesetzer ein

thm. POTSDAM, 6. März. Der Potsdamer Polizeipräsident Detlef Graf von Schwerin hat gestern taktische Fehler beim Polizeieinsatz am Sonnabend nachmittag in der Landeshauptstadt eingeräumt. Dort war es, wie berichtet, erneut zu Krawallen jugendlicher Hausbesetzer gekommen, die Schaufenster und Autos demolierten. Während die Brandenburger CDU eine Kehrtwende der Stadt- und Landespolitik beim Umgang mit den Hausbesetzern forderte, lehnt es von Schwerin ab, „über Potsdam den Ausnahmezustand zu verhängen" und zu präventiven Räumungen zu greifen. In der Stadt gibt es 18 besetzte Häuser. „Die Polizei kann diese Probleme nicht lösen. Wir sind keine Sozialarbeiter", sagte von Schwerin.

Für die Potsdamer Aktion hatte die autonome Szene in Berlin, Hamburg und Rostock mobil gemacht. Trotzdem verlief die unangemeldete Kundgebung von rund 400 Jugendlichen, darunter zahlreichen Ortsfremden, auf dem Platz der Einheit zunächst auffallend friedlich. Da auch bei den Vorkontrollen keine Waffen oder Baseballschläger gefunden wurden, so von Schwerin, habe sich die Polizei entgegen den früheren Ankündigungen flexibel zur Duldung entschlossen. „Wir hatten die Hoffnung, daß die Kundgebung danach friedlich auseinandergeht."

Genau das Gegenteil war der Fall. Als sich entgegen den Polizeiwarnungen ein Demonstrationszug in Richtung Innenstadt formierte, so von Schwerin, habe er sich zur Auflösung entschlossen. „Es ist aber nicht gelungen, den Durchbruch zu verhindern", da nicht schnell genug Polzeikräfte herangeholt werden konnten. So zogen die Demonstranten ungehindert durch die Brandenburger Straße, zertrümmerten in Potsdams Haupteinkaufsmeile Schaufensterscheiben, passierten die Hegelallee und das Magistratsgebäude, ehe sie sich in den unüberischtlichen Hofräumen der Nauener Vorstadt zerstreuten.

Versprengte Reste, zumeist Teenager, kesselte die Polizei später in der Innenstadt ein. Am frühen Abend verlagerten sich die Aktionen nach Babelsberg, wo Jugendliche angesichts massiver Polizeipräsenz die von ihnen besetzte frühere Gaststätte „Zum Eisenbahner" friedlich räumten. Die Polizei nahm dort rund 30 Jugendliche fest.

Die Bilanz der neuerlichen Krawalle: Mindestens vier zerstörte Schaufensterscheiben, mehrere demolierte Autos, 83 Festnahmen, darunter einen Reporter der „Washington Post". Gegen drei Jugendliche werde ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruches, gegen zwei Jugendliche wegen „Beleidigung" sowie gegen 73 Personen Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet, kündigte Einsatzleiter Becker an.

Die Polizei sprach von drei verletzten Beamten, die Sanitäter außerdem von 30 verletzten Demonstranten. Die Polizei hatte nach eigenen Angaben insgesamt 600 Mann im Einsatz, allerdings teilweise in vorbeugendem Objektschutz.

Von der Potsdamer Politik gab es am Wochenende kaum Reaktionen auf die neuerlichen Krawalle. „Ich halte es für erschreckend", kommentierte CDU-Generalsekretär Thomas Klein, „daß weder Innenminister Ziel, noch Oberbürgermeister Horst Gramlich sich genötigt sahen, ihr Wochenende zu unterbrechen." Wo es rechtlich möglich sei, so die CDU, müsse nun geräumt werden. Die bisherige Strategie sei gescheitert, ein Wachsen der Szene in der Hoffnung zu dulden, daß keine Hafenstraße entsteht. „Innenminister und Oberbürgermeister haben versagt", meinte der CDU-Politiker.



Nach der zunächst friedlich verlaufenen Demonstration eskalierte in der Potsdamer Innenstadt erneut die Gewalt. Foto: M. Littwin

Krawalle in Potsdam

Festnahmen nach illegaler Demonstration

Potsdam (MAZ). Mindestens sieben Demonstranten und drei Polizisten sind bei der unangemeldeten Hausbesetzer-Demonstration am Samstag in der Potsdamer Innenstadt verletzt worden. Drei Jugendliche wurde festgenommen und 80 in Gewahrsam, gegen fünf Demonstranten wurden Strafanzeigen erstattet.

Trotz der Absage der für 13 Uhr angekündigten Demonstration durch den Verein „Spaß am Leben" versammelten sich mehrere hundert Menschen auf dem Platz der Einheit. Während die Polizei die friedliche Kundgebung zunächst tolerierte, eskalierte gegen 15 Uhr die Lage, als Demonstranten die Polizei-Absperrkette durchbrachen. Nach kurzer Prügelei zogen Vermummte auf dem Weg zum Rathaus durch die Brandenburger Straße und warfen zehn Schaufensterscheiben ein.

Am Abend kesselte die Polizei 150 Demonstranten vor einem besetzten Haus in Babelsberg ein. Polizeipräsident Detlef von Schwerin räumte gestern Fehler beim „taktischen Vorgehen der Polizei" ein. **aw**



Die neue Zeitschrift für die politische & kulturelle Opposition



Die Beute Nr. 1/94

150 Seiten 14,- DM

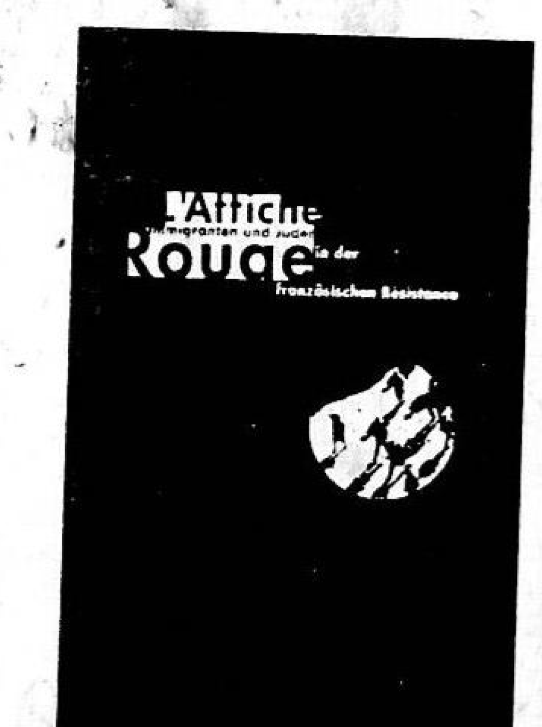
Im Abonnement 12,- DM

4 Ausgaben 52,- DM (incl. Porto)

Inhalt Heft 1/94

Beruf Neonazi. Der Regisseur als Chauffeur. Florian Schneider/ Antje Schuhmann | *Tabubruch. Eine kleine Begriffsverwirrung.* Thomas Atzert | *Mexico. Aufstand in Mexico.* Aurelio Martínez/ Etienne Largend | *Judith Butler. Zwischen Dekonstruktion und feministischer Identitätspolitik.* Cornelia Eichhorn | *Gangsterism. Zu welcher Bande gehörst'n du, Heini.* Paul S. Beatty | *Wohlgroth. Besetzen und Besitzen in Zürich.* Guido Spielhofer | *Olympics Berlin 2000.* Gespräch mit dem Anti-Olympia-Komittee Berlin | *Unterm Ladentisch. Kein Ormig mehr in FNL.* Zeitschriftenrundschau | ... *Handlung-Welt. Ein paar ... in einer bestimmten Zeit.* ... Diederichsen | *Hamburg. Das Wasser und die Straße ...* Roberto Orth | *Drogenpolitik. Repression auf Kranken...* Dagmar Gaßloser/Va... *Der Faschismusvorwurf. Die linke Illusion ... bürgerlichen Staat.* autonome l.u.p.u.s.-... *Jugoslawien.* Fragen an ... Ersg. und ... einen neuen Antiimperialismus ... Markt. Mümmig. Farian. Fenster ... Ali Neander ... Kurzrezensionen

Ab März im Buchhandel oder direkt bei ...-Archiv + Buchversand Kobelsd... 1059 Berlin



L'Affiche Rouge

Immigranten und Juden in der französischen Résistance

392 Seiten, ca. 36 DM
Februar 1994

Titel der französischen Ausgabe:
Le sang de l'Étranger.
Les immigres de la M.O.I. dans la Résistance,
Paris 1989

Stephane Courtois, Denis Peschanski, Adam Rayski

L'Affiche Rouge

Immigranten und Juden in der französischen Résistance

Der Anteil der ImmigrantInnen, vor allem auch der osteuropäisch-jüdischen, an der kommunistisch orientierten, bewaffneten Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus im besetzten Frankreich, ist bislang kaum ausreichend gewürdigt worden. Vielleicht auch deshalb, weil sie es waren, die über die kommunistisch- oder auf nationale Befreiung hin orientierten Vorstellungen der Widerstandsbewegungen am ehesten hinauswiesen. Das Buch von St. Courtois, D. Peschanski und A. Rayski ist ein Anfang, diese historische Auslassung aufzuarbeiten, um zu zeigen, daß es sehr wohl Widerstandslinien gab, die der »Fortgeschrittenheit« des nazistischen Großraumprojekts auf europäischem Niveau entsprachen.

»Mit zunehmende: Intensität machte eine Handvoll Widerständler/innen den Deutschen und ihren französischen Hilfstruppen zu schaffen. Sie jagten Rüstungs- und Zulieferbetriebe in die Luft, brachten Truppenzüge zum Entgleisen, erschossen deutsche Offiziere und französische Kollaborateure. Hinter diesen Anschlägen stand die militanteste und effektivste Formation der französischen Résistance: die F.T.P.-M.O.I. (Francs-Tireurs et Partisans Main-d'Oeuvre Immigrée) die bewaffneten Einheiten der in der kommunistischen Partei organisierten Arbeitsimmigranten. Die M.O.I. kämpfte von Paris bis Lyon, von Marseille bis Nizza gegen die deutsche Besatzung. Die Militanten der M.O.I. waren die ersten, die den bewaffneten Widerstand aufnahmen, und sie waren die letzten, deren Kampf im Nachkriegsfrankreich gewürdigt wurde.« (Ingrid Strobl)

Im November 1943 wurde die bewaffnete M.O.I. in Paris von französischen Antiterroreinheiten und der Gestapo zerschlagen. 108 AktivistInnen der Pariser Gruppe, darunter 58 jüdische KämpferInnen, wurden verhaftet.

Um die bewaffnete ImmigrantInnengruppe zu diffamieren, ließ die Gestapo in Millionenauflage das berühmte rote Plakat, l'Affiche Rouge, drucken, auf dem in großen Lettern über den Photos von zehn überwiegend jüdischen Partisanen die rhetorische Frage »Die Befreier?« und darunter die Antwort »Befreiung durch eine Armee von Terroristen« stand.

Im Herbst 93 ist also der 50. Jahrestag der Zerschlagung der M.O.I. von Paris; Anlaß an die Geschichte der bewaffneten Arbeitsimmigranten auch hier zu erinnern.



Primo Moroni
Nanni Balestrini
Die goldene Horde
Arbeiteraautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien

ca. 350 Seiten
ca. 34 DM
ISBN 3-924737-21-5
Mai 1994

Primo Moroni, Nanni Balestrini

Die goldene Horde

Arbeiteraautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien

Nichts war mehr wie vorher. Alle Bezugspunkte in der politischen Auseinandersetzung und Praxis waren enormen Veränderungen vom Beginn der 60er Jahre, bis weit in die 70er hinein (1977) unterzogen. Primo Moroni und Nanni Balestrini, der eine in Italien bekannt als Schriftsteller und Journalist, der andere als Schriftsteller, beide aber Akteure und Chronisten innerhalb der italienischen Linken, haben eine neue Art von Geschichtsbuch geschrieben. Nicht das unreflektierte Aneinanderreihen von Daten und Fakten, aber auch keine Ideologie oder Organisationsgeschichte stehen im Vordergrund, sondern die Kämpfe, Siege und Niederlagen, Leidenschaften und Leiden, Utopien und Rückschläge einer Epoche militanter und radikaler Kämpfe und Auseinandersetzungen in Italien, werden aus dem »Innern« heraus beschrieben und wiederbelebt. So finden wir neben theoretischen Texten damaliger ProtagonistInnen über »Mailand 1968«, der Beschreibung der Anfänge des bewaffneten Kampfes in Italien, Flugblätter und Songtexte einer Epoche von Auseinandersetzungen, die weit über Stereotype von »Arbeiter-, Studenten- und Frauenkämpfen« hinausgehen, die gleichsam die gesamte italienische Gesellschaft erschütterten.

Moroni und Balestrini haben ein »Standardwerk« vorgelegt, das – souverän geschrieben – uns unabdingbar für das Verständnis der Geschichte der radikalen Bewegung in Italien erscheint.

Die gegenwärtigen Umbrüche und aufbrechenden sozialen Bewegungen in Italien verhelfen dem Buch zu neuer Aktualität.



im
Weißbecker-Haus

Montag bis Donnerstag 17-20 Uhr
Thomas Weißbecker-Haus
10 963 Berlin
Wilhelmstr. 9
251 85 39
U-Hallesches Tor

INFOS gegen Umstruktuierung und Hauptstadt-Wahn -
jeden Donnerstag 17-20 Uhr

Wir haben keine Lust uns durch unbezahlbare Mieten, Räumungen, Zu-Betonierung von Grünflächen, Sozialkürzungen, Regierungsbunker, Konzernzentralen aus unseren Kiezen vertreiben zu lassen.

Alle Gruppen, Initiativen+ Einzelpersonen die sich auch mit diesem Thema befassen sind eingeladen ihre Arbeit vorzustellen.
Wir wollen mit euch über Möglichkeiten des Widerstandes diskutieren.

Thomas-Weißbecker-Haus
Wilhelmstraße 9
1000 Berlin 61
☎ 251 85 39
Montag–Donnerstag 17–20 Uhr

Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin

EL LOCCO

Do. 10.03.	Video	Das Auge des Betrachters II+III.	20.00 Uhr
...	Info	Berlin - Moskau 1932..........	20.00 Uhr
So. 13.03.	...essen	Frühstück - Buffet	11.00 Uhr
Mi. 16.03.	Theater	Statuen - Theater...........	20.00 Uhr
Do. 17.03.	Video	Das Auge des Betrachters IV+V..	20.00 Uhr

Samstag,12.3. endlich mal wieda
ab 11.00 Uhr FLOHMARKT im CLASH
Uferstr.13, U-Bhf.Pankstr. o. Nauener Pl.

mit Kuchen und Glühwein

ANTIFA-

SOLIDISCO im SO 36

23 00 Uhr

für die ANTIFA-arbeit im Land Brandenburg

Sa 12.03.94

Eintritt: 4 DM

Kein Fußballländerspiel am 2o. April!
Keine Plattform für FaschistInnen!

Das Berlinweite Vorbereitungstreffen hat sich am o6. März zu einem Bündnis gegen das Länderspiel formiert. Näxtes Treffen ist wieder am Sonntag: 13. März, 19 Uhr, Kirche von Unten, Kremmener Str. 9 (U-Bhf. Bernauer o. Eberswalder/Dimitroff)



Montag, 14.3.94 um 21 Uhr im Clash

Clash, Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U-Bhf. Nauener Pl. o. Pankstr.

Klaus Kordon liest aus: "Der erste Frühling"



Der Fortsetzung von "Die roten Matrosen" und "Mit dem Rücken zur Wand".

am Freitag, den 18. März um 19.00 Uhr im "EX"

(im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin-Kreuzberg)
Eintritt: für Jugendliche 1.-DM; für Erwachsene 5.-DM.
eine Veranstaltung von: BuchLaden Schwarze Risse

Wir laden alle, die Interesse haben, sich an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen, für **Dienstag, den 15. März, 20 Uhr, Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a,** zu einem offenen Treffen ein.

Lesung: Heinrich Scheel
aus seiner Autobiographie *Vor den Schranken des Reichskriegsgerichts. Mein Weg in den Widerstand.* (edition q, Berlin 1993; kostet leider fast 50.-)

Mittwoch, 16.3. 19 Uhr
Volksbücherei, Oranienstr. 72

Ihr reicht die 35-Sekunden-Woche!



Wer nur drauf wartet, was die Zukunft bringt, hat keine !!!